

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 47.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 17. bis 23. November 1911.

Posen, den 28. November 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 46 des Głos Wielkopolek (Posen)
vom 18. November 1911:**November.**

Viele Stammesbrüder werden in diesen grauen Tagen des Novembers zweifellos einen „lebhafteren Herzsichlag“ fühlen, viele öftere Momente einer tiefen Sorge und einer hartnäckigen Wiederkehr der Gedanken zur polnischen Angelegenheit bei sich bemerken. Diese herbstlichen, kühlen und durch eine Reihe von häßlichen Regentagen oft unterbrochenen Tage haben einen besonderen Zauber. „Der November ist für Polen ein gefährlicher Monat“, sagte der Dichter. Ja, er ist ein direkt merkwürdiger Monat, besonders für uns Polen.

Ist er doch der Verkünder des Winters, die Blätter fallen von den Bäumen, die Gräser sterben ab, die Morgen erscheinen im Reistleide, die ganze Erde bereitet sich auf den Tod vor, sie zieht das ganze Leben in sich zurück, sie stirbt auf einige Monate. Und es gibt keinen, der daran zweifelte, daß dieses Leben mit dem Frühling wieder emporblühen, duften, mit einer Überfülle von Blumen glänzen, mit Gesang in den Lüften klingen werde. Nicht einem fällt es ein, zu behaupten, daß dieser Tod — dieser Winter ewig dauern wird; alle wissen es, daß die Eiszesseln springen, daß der Frost des Einfällers weichen wird.

Wen erinnert das nicht an Polen, unser Vaterland?

Man hat es des Lebens beraubt, wie der Frost die Bäume der Blätter beraubt; seine Söhne haben sich in alle Weltteile zerstreut, wie die gelben Blätter, welche der scharfe Wind herumwirbelt; man hat daselbe mit der Winterkette der Fesseln der Sklaverei und Dummheit eingeschlossen. Und kann aber auch nur ein einziger Pole denken, daß das so ewig bleiben wird, daß nach dem strengen Winter niemals der Frühling kommt? Kann so derjenige denken, der es ganz sicher weiß, daß das Volk heilbar ist — wie der hl. Paulus sagt — daß es gesunden, daß es dann wiedergeboren wird, wenn jedes Glied desselben sich sagen wird: Polen wird wiedergeboren werden, wenn ich selber besser, reiner und frei von Leidenschaften, Selbstsucht usw. werde. Wer dieses sich sagen und auch ausführen wird, der weiß es klar, daß die Wiedergeburt erfolgen wird. Und darin liegt die ganze Sache, daß alle so denken

und tun müßten. Möge also jeder, der diese Worte liest, sich heilig vornehmen, selbst ebenso zu handeln, und aus Liebe zu Polen wenigstens zwei oder drei Bekannte ebenfalls zu befehlen.

Doch es fallen auf diesen Monat noch andere merkwürdige Feierlichkeiten. Er beginnt mit Allerseelen und endet mit den Adventstagen. Am Allerseelen gedenken wir unserer Toten, teurer Männer, und beten für ihre Seelen. Zu diesen Gebeten und Erinnerungseuizern müssen wir noch einige hinzufügen. Teuer ist mir das Andenken des Bruders, der Eltern usw., daher bitte ich auch Gott, ihnen das ewige Heil zu geben. Doch wem von uns ist auch das Andenken der großen nationalen Helden nicht heilig?

Sie starben oder sind von den Feinden gemordet worden, doch ihre Seelen hörten nicht auf, Polen zu lieben. Sie taten viel fürs Vaterland und können auch jetzt nicht minder viel tun. Sie sind jetzt bei Gott und können ihn daher um Gnade fürs Vaterland bitten, und Gott wird sie erhören; als vollkommene Geister können sie auf uns einwirken, uns gute Gedanken eingeben und unsere Absichten unterstützen. Sie betreuen uns und wachen über jeden unserer Schritte. Sollen sie uns also nicht ebenso teuer sein wie Verwandte, Eltern und Bekannte? Daher müssen wir oft an die Seelen der polnischen Helden denken: an Warenczyk, der für den Glauben gefallen ist; an Sobieski, der für Glauben und Vaterland kämpfte; an Jolkiowski, der fürs Vaterland treu gefallen ist; an Kordecki, Kosciuszko, Mickiewicz, Traugut und an so viele Tausende polnischer Helden, die durch einen Märtyrertod ihre Liebe zum Vaterland besiegelt haben. Es wäre ein Verbrechen, wenn wir sie vergessen sollten, ein schweres Unrecht, wenn wir nicht sehr oft uns ihrer erinnerten, für sie beteten und im Andenken an sie nicht in der Tiefe unseres Herzens einen geheimen starken Eid — dem Vaterlande zu dienen — leisteten. Und die Tage des Novembers, — die nationalen Totentage schreien förmlich nach einem solchen Entschluß. Nicht durch die lauten Worte: „Polen, Polen“ — dienen wir dem Vaterlande. Ihm dient am besten derjenige, der sich sagt: zum Andenken an Kosciuszko nehme ich weder eine Pfeife noch eine Zigarette in den Mund und trinke keinen einzigen Schnaps. Denn wahrlich, wenn wir erst auf diese Weise den polnischen Allerseelentag begehen werden, dann erst werden wir ein Recht haben zu hoffen, daß bald auch die Adventstage für uns anbrechen werden.

Advent bedeutet Erwartung, er ist zum Andenken der 4000 Jahre, in welchem die Menschheit den Erlöser erwartete, festgesetzt worden. In der Zeit der

Erwartung Christi schickte Gott Männer, Propheten, die den Glauben stärkten und zeigten, wie man leben soll, um der Ankunft Christi würdig zu sein. Auch wir haben Propheten und Gott sandte sie uns, damit wir sie hören und nach ihren Fingerzeigen schnellstens und sicherstens wiedergeboren werden. Und wie damals so auch heute gilt das „Wehe den Völkern, die ihre Propheten morden“, die die Propheten angeblich ehren, ihre Befehle aber nicht ausführen. So also sehen wir klar, was wir in diesem polnischen Advent, in der Zeit der Arbeit für die Wiedergeburt tun sollen: gottgefällig leben, sich vervollkommen und durch die Lehren der Propheten sich im Polentum stärken.

(Nachdem der Artikelschreiber der in diesem Monat gefallenen polnischen Helden und der gleichfalls im November verstorbenen polnischen Dichter gedenkt und auch den Novemberaufstand von 1830/31 mit einigen Worten streift, schließt er den Artikel folgendermaßen:)

Ist es also nicht klar, warum uns gerade dieser Monat die großen Vorfälle der Vergangenheit auf Schritt und Tritt ins Gedächtnis zurückruft, daß wir gerade in ihm eine so lebhaftere innere Stimme hören, die uns zur Arbeit für Polen ruft! Möge niemand diese Stimme unterdrücken, möge jeder sie in sich wecken, möge er alle seine Kräfte anspannen, um den uns drückenden Frösten der Bedrückung nicht aus dem Wege zu gehen, und in dieser Arbeit für Polen die meisten eines Polen würdige Taten vollbringen.

Aus Nr. 267 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 19. November 1911:

Die Reisener Medaille.

Eine Zahl von Liebhabern der Numismatik in Lemberg hat zum Andenken an die Verschächerung von Reisen eine Bronzemedaille in der Größe eines Fünfmartstückes schlagen lassen. Auf einer Seite befinden sich die Namen: Fürst A. Sułkowski, Graf A. Wodzicki, Graf H. Potocki, J. Dziembowski (tupawischer Abgeordneter), R. de Loewenstein. Rundherum befindet sich die Inschrift: Vendidit hic auro patriam dominumque potentem imposuit.

Auf der andern Seite erblickt man das Reisener Schloß mit der Inschrift: „Majorat Reisen. Gegründet 1783 — verschachtet 1911.“

Diese fünf Kronen kostende Medaille findet in ganz Polen zahlreiche Liebhaber. Beziehen kann man sie vom „Numismatischen Verein in Krakau“.

Aus Nr. 265 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 19. November 1911:

Verständigung.

Soviel man aus dem bisherigen Verlauf der Vornahlagitation schließen kann, bereitet sich in Deutschland eine allgemeine und wahrscheinlich entscheidende Kraftprobe zwischen den Vertretern der beiden abweichenden Weltanschauungen, der beiden einander gegenüberstehenden sozialen und wirtschaftlichen Richtungen vor. Daher strengen auch die beiden feindlichen Lager ihre Kräfte an, sie mobilisieren ihre Scharen und sie sind hinsichtlich der Mittel nicht wählerisch, um sich im entscheidenden Moment, den Sieg zu sichern. Und wirklich verlohnt das Spiel die aufgewandte Mühe. Denn wenngleich die Vertretung des deutschen Volkes nicht einen Teil des Ansehens und des Übergewichts besitzt, deren sich die Parlamente wahrhaft konstitu-

tioneller Staaten erfreuen, so übt doch in Deutschland die gesetzgebende Körperschaft einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse, besonders des inneren Lebens der Nation aus.

Natürlich ist auch für uns das Ergebnis dieser sich in Deutschland nähernden Kraftprobe nicht gleichgültig. Durch das Los der Geschichte mit dem deutschen Reiche verknüpft, empfinden wir wenigstens bis zu einem gewissen Grade alle wichtigeren politischen Wandlungen, welche dieses Reich durchmacht. Man darf sich aber keinen Täuschungen hingeben und aus Anlaß des Sieges dieses oder jenes deutschen Lagers nicht auf irgendwelche Vorteile für uns rechnen. Langjährige Erfahrung hat uns gelehrt, daß unser Geschick vor allem in unserer Hand ruht, daß im Prinzip der deutsche Liberalismus uns ebenso feindlich gesinnt ist, wie der extremste Konservatismus. Unse Kraft, unsere Widerstandsfähigkeit beruhen hauptsächlich auf unserer nationalen Solidarität, auf dem Fernhalten und Unterdrücken aller sowohl politischen, als auch zentrifugalen Tendenzen, welche unsere innere Verbindung schwächen und in der weiteren Folge zerschlagen können.

Naturgemäß erheben diese Tendenzen am kühnsten das Haupt, natürlich treten sie am kräftigsten zutage in der Wahlzeit, in welcher überall und immer die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leidenschaften und Gegensätze am üppigsten ins Kraut schießen. Daher hat auch unsere öffentliche Meinung, soweit sie in der Presse das Wort nimmt, im allgemeinen das Wahleilvernehmen zwischen den beiden hiesigen politischen Organisationen anerkennend begrüßt, dieses Einvernehmen, welches den Zweck hat, diese Leidenschaften und Gegensätze zu mildern und den sich nähernden Wahlen einen ruhigen und ernsten Verlauf zu sichern.

Es giebt jedoch Ausnahmen. Es lassen sich Äußerungen vernehmen, welche jenes Einvernehmen als Verschwörung gegen das Volk hinstellen. Eine Verschwörung? Zu welchem Zwecke? Nun, es soll sich um die Absicht handeln, dem Volke nicht entsprechende Abgeordnete aufzudrängen.

Will man auf diesen Vorwurf antworten, dann muß man sich vor allem bezüglich dessen verständigen, was der Ausdruck „Volk“ besagt. Wir werden kaum fehlgehen mit der Behauptung, daß in unserer Volksgemeinschaft das Volk alle Schichten und alle Stände umfaßt. In unserer Lage strebt ein künstliches Konstruieren von irgendwelchen zum Glück nicht bestehenden prinzipiellen Gegensätzen zwischen dem Volke und den übrigen Schichten geraden Wegs zum Zerschlagen der Volksgemeinschaft, zum Brechen seiner Verteidigungskraft, dazu, es früher oder später als wehrlose Beute Feinden zu übergeben, welche von allen Seiten darauf lauern. Es werden uns die heftigsten Schläge nicht brechen, die von außen her auf unser Haupt fallen, es werden uns aber in sehr kurzer Zeit innere Desorganisation und Uneinigkeit zugrunde richten.

Eine Verschwörung gegen das Volk tritt angeblich in der Absicht zutage, ihm nicht entsprechende Abgeordnete aufzudrängen, die vorgeblich die Interessen des Volkes nicht verstehen und nicht verteidigen. Es handelt sich also um einen sogenannten „Austausch der Hirne“, darum, die Abgeordnetenmandate in andere entprechendere Hände zu legen, als bisher. Diesen Wandel durchzuführen hat das Volk nicht allein das Recht, sondern auch die Möglichkeit. Nichts steht dem hindernd im Wege, am wenigsten eine angebliche Verschwörung der beiden hiesigen politischen Organisationen gegen das Volk. Diese Organisationen haben beschlossen, die Kandidaten zu unterstützen, bezüglich deren ein Kompromiß abgeschlossen wurde, aber die schließliche Entscheidung hängt natürlich vom Volke, von den Wählern und von den Wahlbehörden ab, welche sich

nach dem in den Wählerversammlungen zutage tretenden Willen des Volkes zu richten haben.

Natürlich werden beide Lager Kandidaturen bekämpfen, welche sie für nicht entsprechend halten. Es ist das nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht. Es ist das übrigens Pflicht eines jeden Bürgers, selbst wenn er keiner Parteiorganisation angehört. Man darf jedoch in diesem Bekämpfen nicht eine Art prinzipieller Abneigung gegen das Volk erblicken. Schon heute haben sich in unserer Volksgemeinschaft die Verhältnisse so gestaltet, daß ein entsprechend qualifizierter Kandidat aus dem Volke auf Unterstützung seitens der ganzen Volksgemeinschaft rechnen kann, selbstverständlich, soweit er nicht ein Kandidat des Volkes ist im Gegensatz zu den übrigen Bevölkerungsschichten. Gegen eine solche Kandidatur muß sich der Selbsterhaltungsinstinkt der Volksgemeinschaft erklären.

Wir gehören keiner der beiden Organisationen an, die angeblich die Verschwörung gegen das Volk geschmiedet haben.

Wir sind offen und entschieden auf die Seite des Wahleinvernehmens getreten; denn da wir vor allem das Wohl der Allgemeinheit im Auge haben, haben wir in dieser Verständigung eine Stärkung der nationalen Solidarität, die Absicht erblickt, die Wahlkämpfe zu mildern und die Leidenschaften und politischen sowie sozialen Gegensätze abzuschwächen, welche jedes Volk durchwühlen und welche naturgemäß zur Wahlzeit am kräftigsten explodieren.

Der politische Charakter der Kandidaten, bezüglich deren eine Verständigung erfolgt ist, kam angesichts dieses Hauptzieles erst in zweiter Linie in Rechnung. Gewiß, wir möchten haben, daß in der künftigen polnischen Fraktion in anbeacht der Entscheidungen, die der neue Reichstag in Sachen der Wirtschaftspolitik Deutschlands zu treffen hat, das agrarische Element verstärkt werde, daß also, wenn auch nur ein praktischer Landwirt, in die neue Fraktion einträte. Aber schließlich wissen wir, daß das Wesen des Kompromisses auf gegenseitigen Zugeständnissen beruht. Außerdem haben wir zu den von den beiden politischen Organisationen vorgeschlagenen Kandidaten das Vertrauen, daß sie in der Repräsentation des deutschen Volkes mit Sachkenntnis und energisch die Rechte und Interessen nicht nur des „Volkes“, sondern unserer ganzen Volksgemeinschaft verteidigen werden.

Leider haben sich die Hoffnungen nicht in jeder Hinsicht erfüllt, daß nämlich die angebliche Verschwörung gegen das Volk uns eine ruhige und einträchtige Wahlaktion sichern werde. Der Verlauf und das Ergebnis der Wählerversammlung in Gnesen scheint anzukündigen, daß es hier und da zu heftigen und leidenschaftlichen Zusammenstößen kommen wird. Andererseits muß man sich vor allzu weit gehendem Pessimismus hüten: Aller Wahrscheinlichkeit nach sind die Gegner des Wahleinvernehmens weder allzu zahlreich, noch allzu einflußreich, sodaß sie zwar hier und da in den Wählerversammlungen heftige Szenen hervorrufen, ja sogar die von den lokalen Wahlkomitees vorgeschlagenen Kandidaturen beseitigen können; jedoch wird im entscheidenden Moment der gesunde Sinn der ungeheuren Mehrheit der Volksgemeinschaft siegen, die sich mit der Absicht solidarisch weiß, die Wahlen einträchtig durchzuführen.

Aus Nr. 268 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 19. November 1911:

Das Wahlkomitee für den Kreis Hohenjalza

hat gestern seine Sitzung abgehalten. Es handelte sich in erster Linie um die Aufstellung der Kandidatenliste.

Den ehrenvollen Ruf haben Prälat Laubitz und Dr. Krzyminski, an die man sich zunächst mit Anfrage und Bitte gewandt hatte, entschieden abgelehnt. Infolgedessen stellte nach längerer Diskussion das Komitee und zwar einstimmig, an die erste Stelle Herrn Rechtsanwalt Trompczynski aus Posen, an die zweite Stelle Herrn Mieczyslaus Dutkiewicz aus Hohenjalza, an die dritte Stelle Herrn Josef Barczak aus Gr. Morin.

Die Zusammensetzung dieser Liste begrüßen wir mit aufrichtiger Befriedigung. Unzweifelhaft wäre es am angenehmsten gewesen, an erster Stelle eine kujawische Kandidatur aufstellen zu können, aber da eine solche fehlt, muß die Wahl des Herrn Rechtsanwalts Trompczynski sympathisch begrüßt werden. Die Kujawier erteilen durch die Wahl des Verteidigers von Reizen jenen eine klare Antwort, die zum Verlust Reizens beigetragen haben.

In politischer Hinsicht ist die Kandidatur des Herrn Trompczynski eine vermittelnde. Herr Trompczynski geht den Mittelweg und er sympathisiert auch in vielen politischen Fragen mit der Demokratie.

Sein Auftreten im Landtage trug das Gepränge hoch empfundenen nationalen Stolzes. Und seine Reden beim Etat der Ansiedlungskommission waren nicht nur hinsichtlich der Form hervorragend, sondern sie waren auch hinsichtlich des Inhalts scharf gehalten.

Bei ihm braucht man nicht zu befürchten, daß er durch sein Auftreten unsere Politik kompromittieren, irgendwelche Verpflichtungen eingehen, oder Erklärungen abgeben wird, die mit dem Willen der Volksgesamtheit nicht in Einklang zu bringen sind.

Wir zweifeln auch nicht, daß die Wähler der Ansicht des Komitees beitreten werden, daß sie den Leitern desselben, Vorsitzender ist Herr Dr. Krzyminski, glauben werden, daß sie die unter den heutigen Verhältnissen für unsere nationale Sache einzig richtige und nützliche Wahl getroffen haben.

Wir freuen uns auch aufrichtig über die Aufstellung des Herrn Dutkiewicz. Auch die Aufstellung des Herrn Barczak begrüßen wir als Anerkennung der Arbeit unserer Landwirtschaft zum Wohle der vaterländischen Erde.

In diesen Tagen wird sich auch das Bezirkskomitee versammeln, um sich über die gemeinsame Kandidatenliste zu verständigen.

Aus Nr. 265 des Lech (Gnesen)
vom 18. November 1911:

In Sachen der Wählerversammlung in Gnesen

schreibt man uns:

Jeden muß großes Erstaunen ergreifen, daß die Mehrheit der Wähler in der am Sonntag abgehaltenen Versammlung an die erste Stelle Herrn Rasprowiez gestellt hat, dagegen den geistlichen Rat Piotrowicz aus Skalmierzycze erst an die zweite Stelle. Hat sich denn Herr Rasprowiez größere Verdienste erworben als der Geistliche Rat Piotrowicz? Die Gnesener Wähler haben augenscheinlich ein kurzes Gedächtnis, wenn es ihnen gelungen ist in so kurzer Zeit zu vergessen, wie verdient sich der Geistliche Piotrowicz um seine Pfarodie und um ganz Gnesen gemacht hat, daß er die polnischen Kinder während des Schulstreiks mutig verteidigt hat, daß er schwere Opfer gebracht und seitens unserer Allerherzlichsten Verfolgungen ausgesetzt gewesen ist, daß er für seine Überzeugung sogar im Gefängnis hat büßen müssen. Trotzdem hat man ihn für unwürdig gehalten, an der ersten Stelle der Kandidatenliste zu

stehen, und man hat Herrn Kasprowiez für würdiger gehalten als Herrn Propst Piotrowicz.

So verstehen die Gnesener ihre Dankbarkeit zu beweisen, so das wahre Verdienst anzuerkennen. Man muß sich auch sehr über Herrn Kasprowiez wundern, daß er sich für besser und verdienter hält als der Geistliche Rat Piotrowicz, und daß er würdigere Leute als er auf die zweite Stelle drängt. (Sehr richtig! Die Redaktion.)

Aus Nr. 266 der Dziennik Poznanski (Posen)
vom 21. November 1911:

Zu der Rede, welche der Rektor Gutische in Posen in der letzten öffentlichen Versammlung der Posener Freisinnigen über das hiesige Simultanschulwesen gehalten hat, bemerkt der Dziennik u. a.:

„Gepriesen haben mehrfach verschiedene protestantische Lehrer der Posener Simultanschulen; denn es ist ihnen bequem mit. Zum ersten Male hat sich jedoch ein Katholik gefunden, welcher vor Andersgläubigen Lobeshymnen zum Preise des die Katholiken so arg beeinträchtigenden Schulsystems singt. Dieses Beispiel beweist, welche Grundzüge der Magistrat in den katholischen Lehrern sucht, die sich für hiesige Lehrerstellen melden. Das erläutert auch, welchen Einflüssen bei uns die katholischen Schüler unterworfen sein müssen. Bisher haben wir auf die Gefahr hingewiesen, welche in religiöser Hinsicht daraus entspringt, daß die Erziehung unserer Schuljugend überwiegend in den Händen protestantischer Lehrer ruht. Jetzt vergewissern wir uns, daß die üblen Folgen der Simultanschulen sogar von einer Seite herkommen können, von welcher das am mindesten zu erwarten war. Vor einigen Jahren ist hier der traurige Fall vorgekommen, daß in der Schule Argernis erregt wurde durch laute Lästerungen in Sachen katholischer Religionspraktiken, sodaß die kirchliche Behörde dagegen protestieren mußte. Jetzt sehen wir, wie ein Lehrer seine katholische Gesinnung auf die Weise enthüllt, daß er vor Andersgläubigen die simultane Organisation der Schulen rühmt, welche zum Schaden der Katholiken protestantische Interessen protegieren.“

Wie kann ein Katholik simultanen Schulen vor konfessionellen den Vorzug geben ungeachtet dessen, daß in ihnen in vieler Hinsicht ein auffälliges Mißverhältnis zu Gunsten der Protestanten herrscht? Wir wollen auf einige Tatsachen hinweisen, welche das Begünstigen der Protestanten dartun. Die Statistik zeigt, daß unter 20800 Schülern, welche die hiesigen Stadtschulen besuchen, $\frac{3}{4}$ Katholiken sind. In dieser Stärke sollten daher auch die katholischen Lehrer an diesen Schulen vertreten sein. Es sollte also unter 433 Lehrkräften 324 Katholiken geben. Indes hat man den Katholiken 120 Kräfte zu Gunsten der Protestanten entzogen. Und das soll für einen Katholiken ein Anlaß sein, die hiesigen Simultanschulen zu rühmen! Sollte Herrn Gutische unbekannt sein, daß wegen Mangels an katholischen Lehrern die katholischen Religionsabteilungen ungewöhnlich überfüllt sind, ferner, daß dieser Gegenstand im Stundenplan oft statt an den Anfang ans Ende gesetzt ist, und daß er im Falle der Erkrankung eines katholischen Religionslehrers nicht selten ganz ausfallen muß. Sollen die Simultanschulen den katholischen Eltern darum gefallen, weil in ihnen alle Feierlichkeiten eine protestantische Grundlage haben, weil der Geschichtsunterricht mit geringen Ausnahmen protestantischen Lehrern übergeben ist und weil überhaupt die katholischen Schüler über-

wiegend unter protestantischem Einfluß stehen? Sollte Herrn Gutische unbekannt sein, in wie drastischer Weise die für die Katholiken ungünstigen, in den hiesigen Simultanschulen herrschende Verhältnisse zutage getreten sind gelegentlich der evangelischen Feier, die in den protestantischen Kalendern mit dem Namen „Reformationsfest“ bezeichnet wird? Diese Feier sollte sich nur auf die evangelischen Schüler und Lehrer erstrecken, die katholischen Kinder sollten nach dem gewöhnlichen Plan Unterricht haben. Bezüglich der evangelischen Lehrer und Schüler geschah den Forderungen Genüge, doch bezüglich des Unterrichts der katholischen Schüler hat man die Verfügung nicht erledigen können, denn die katholischen Lehrer reichten nicht hin.

Die, welche solche Verhältnisse rügen, nennt Herr Gutische vor Juden religiöse Fanatiker! Den Juden gefallen die Posener Simultanschulen. Ihre Interessen erfahren in diesen Schulen nämlich völlige Berücksichtigung soweit, daß der Magistrat sogar an einer solchen Schule einen jüdischen Lehrer angestellt hat, wo es überhaupt keine jüdischen Schüler gibt. Daraus ergeben sich für die Schule verschiedene Unbequemlichkeiten und Unkorrektheiten; denn ein rechtläubiger jüdischer Lehrer schreibt am Sabbat nicht, er bringt sich kein Frühstück in die Schule, sondern er läßt christliche Kinder aus kostbaren Geschäften für sich die zum Imbiß nötigen Viktualien kaufen. Die Direktoren dulden solche Verhältnisse mit Rücksicht auf die starken Einflüsse der Juden in der Schuldeputation und im Magistrat.

Wie wenig Herrn Gutische das Los der Konfessionsgenossen am Herzen liegt, das zeigt sich auch darin, daß er das Mißverhältnis zwischen dem Bekenntnis der Schulkinder und dem religiösen Bekenntnis der an den Posener Stadtschulen angestellten Direktoren als korrekt ansah. Und es sollten doch unter den zwanzig Vorstehern dieser Schulen sechzehn Katholiken sein, während es, Herrn Gutische zu ihnen zugezählt, deren nur sechs gibt. Für solche Zugeständnisse werden ihm die katholischen Direktorenkandidaten bestimmt nicht dankbar sein.

Nachdem Herr Gutische die Pflicht, über die Simultanschulen zu sprechen, übernommen hatte, hätte er als Rektor und Lokalschulinspektor einer der hiesigen Schulen die Sache gründlich und allseitig untersuchen und sich überlegen müssen, ob sie den polnischen Schülern in pädagogischer Hinsicht den gehörigen Nutzen bringen. Diese Seite hielt der Redner offenbar für unwesentlich, sonst hätte er nicht Worte der Lobpreisung, sondern Worte starken Verdammsens sprechen müssen; denn die Simultanschulen entwickeln den Geist der polnischen Jugend so schwach, daß kaum 25% die Schwierigkeiten bewältigen und alle Klassen durchmachen können. Den Ursachen nachgehend, hätte Herr Gutische die Unterrichtsmethode verurteilen müssen, weiter den verhängnisvollen Fehler des Posener Magistrats, daß dieser bei Besetzung der Lehrerstellen von den Kandidaten nicht die Kenntnis der Muttersprache der Mehrheit der Schüler verlangt. Er hätte schließlich verurteilen müssen, daß man aus Pommern, Westfalen, Hannover und anderen Teilen Deutschlands Lehrer nach Posen holt, welche verschiedene deutsche Dialekte sprechen.

Die Regierung sollte Herrn Gutische darüber belehren, daß es sich nicht ziemte, in einer politischen Versammlung die Gefühle der Eltern und der Bürger zu verletzen, welche Steuern zu dem Unterhalt der Lehrer hergeben. Sagt doch der Ministerialerlaß vom 12. April 1898: „Es ist jedes aggressive Vorgehen gegen die fremdsprachige Bevölkerung zu vermeiden. Es muß ein verjöhnlicher Geist das Tun und Lassen der Beamten und Lehrer leiten.“ Weder von ver-

jönlichem Geist, noch vom Takt hat sich Herr Gutschke leiten lassen, indem er die Fortschrittler gegen uns Polen aufreizte.

Aus Nr. 265 des Ogródownik (Posen)
vom 19. November 1911:

Die Volksbank in Birnbaum.

Man schreibt uns:

Hier in Birnbaum ist eine Volksbank gegründet und gestern die gerichtliche Eintragung beantragt worden. Das hat bei den Deutschen ungeheures Interesse wachgerufen; überall spricht man nur davon. Den Vorstand werden bilden die Herren Czefalski, Modelski und Majcherek. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Propst Lukowski aus Rähme. Der neuen Bank Glück auf!

Aus Nr. 2 des Brask (Posen)
vom 15. November 1911:

Statistik der in höheren wissenschaftlichen Lehranstalten in Deutschland sich ausbildenden polnischen Jugend.

Winterhalbjahr 1910/11.

II.

Nachstehend biete ich eine Zusammenstellung der Zahl der polnischen Akademiker in den einzelnen Anstalten, nach den Berufen geordnet.

Auch hier führe ich zum ersten Male die technischen Schulen in einer besonderen Aufstellung auf.

Gleich auf den ersten Blick nehmen wir wahr, daß zwei Städte — Berlin und München — die jungen Leute aus den verschiedensten Berufen in sich zusammenscharen. Nächst ihnen ragen an beruflicher Verschiedenheit Leipzig und Breslau hervor. Das ist eine schätzenswerte Feststellung; denn es ist allgemein bekannt, daß, je geringer die Verschiedenartigkeit der Beschäftigung bei Leuten in einem bestimmten Mittelpunkt ist, desto schwerer es um einen lebhafteren Gedankenaustausch und um breitere Horizonte bestellt ist, und daß man um so leichter in einem monotonen und engen Schema des Lebens und damit auch des Denkens stecken bleibt.

Wir haben Hörer in den verschiedensten Fakultäten und Berufen. Mit Betrübnis wird jedoch jeder feststellen, daß von den Staatswissenschaften nur eine, die Volkswirtschaft, vertreten ist. Weder in den diplomatischen, noch in den militärischen Wissenschaften haben wir Leute. Und das traurigste ist, daß uns das überhaupt nicht wundert, so weit, daß ich mit diesem Hinweis bestimmt manchen der Leser in Verwunderung

versetzt habe. Am stärksten von allen Fächern ist die Theologie vertreten. Die Kollegen aus diesem Beruf stammen fast alle aus dem preussischen Gebietsteil, und fast alle studieren in abgesonderten Anstalten. Wenn man sich das vergegenwärtigt hat, so muß man in dem Bilde, wie es sich bezüglich der Gestaltung der Verhältnisse in den höheren Lehranstalten auf Grund der Statistik herausbildet, eine kleine Korrektur anbringen. So sehen wir, daß von 678 Posenern 494 preussische und 184 andere Anstalten besuchen; indes haben von den 678 nur 457 die Freiheit, die Lehranstalt zu wählen, und von ihnen entfallen auf preussische Anstalten 273, auf andere 184. Sieht man ferner die Verhältnisse der Zahl der Posener, der russisch-polnischen und der galizischen Jugend sich an, so könnte es uns scheinen, als müßte die Jugend aus dem preussischen Gebietsteil überwiegen. Rechnen wir jedoch unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse die theologischen Kollegen aus den lokalen Seminaren ab, so erhält man die nachstehenden Zahlen:

	in Preußen	in den übrigen Staaten	im ganzen Reiche
preussischer Gebietsteil	272	184	456
die übrigen Gebietsteile	153	418	571

In den weltlichen Berufen steht also das Posensche hinter den übrigen Gebietsteilen zurück, wenn trotz unerhörter Erschwernisse das kleine Teilchen der Jugend aus den übrigen Gebietsteilen die Hauptmasse der Jugend aus unserem Gebietsteil überwiegt. Die Gesamtzahl der polnischen Akademiker beläuft sich in der Welt leicht auf 13 000, vielleicht auch auf mehr; im Westen 3300, in Österreich 8—9000, in Rußland etwa 2500. Daraus ergibt sich die folgende, überaus betäubende Tatsache: der preussische Gebietsteil, welcher fast den fünften Teil der ganzen Nation bildet, liefert ihr nur $\frac{1}{25}$ der studierenden Jugend, d. h. die übrigen Gebietsteile liefern im Verhältnis 6mal soviel akademische Jugend als der unsrige.

Wir ersehen daraus, wie unerhört uns die Verhältnisse niedergedrückt haben, wie wenig wir uns mit diesen Verhältnissen zu helfen wissen, und wie grundlos es ist, wenn wir uns den anderen Gebietsteilen gegenüber überheben.

Und nun ein noch furchtbarer Gedanke: Wenn wir hinter unseren Brüdern aus den übrigen Gebietsteilen schon soweit zurückgeblieben sind, wie ungünstig muß dann in diesem Punkte ein Vergleich mit den Deutschen ausfallen! Die Jugend ist die Zukunft der Nation! Welches wird die Zukunft sein?

Zahl der polnischen Hörer an preussischen Lehranstalten.
Zusammenstellung nach Berufen.

Laufende Nummer	G i b ber M u s i k a l t	Philosophie Psychologie	Theologie	Philologie u. Geschichte	Mathematik Naturwissenschaft	Jura	Medizin	Zahnheilkunde	Tierarznei	Apotheker	Volkswirtschaft	Handel	Landwirtschaft	Forstwirtschaft	Geodäsie	Brauerei	Architektur	Wege- u. Brückenbau	Maschinenbau Elektrizität	Schiffsbau	Chemie	Berg- u. Hüttenwesen	Schöne Künste	Musik	Insgesamt in der betreffenden Stadt	
1	Berlin-Charlottenburg	23	—	—	—	26	34	5	8	14	7	29	24	—	2	—	10	5	16	1	—	3	2	—	—	209
2	Braunsberg	3	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7
3	Danzig	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	6	—	—	—	—	—	—	10
4	Stettin	2	—	1	7	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13
5	Stettin	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
6	Stettin	—	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25
7	Breiswald	—	—	1	—	1	6	—	—	—	—	—	17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9
8	Stall	—	—	—	—	2	2	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	27
9	Kiel	—	—	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12
10	Köln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6
11	Münster	—	5	6	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13
12	Bielefeld	—	76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	76
13	Posen	—	89	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	89
14	Breslau	2	26	8	4	20	58	7	—	2	4	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	150
	Studenten	28	225	17	11	56	106	14	9	17	13	35	61	—	2	—	11	7	22	1	—	5	2	—	—	642
	Studentinnen	2	—	8	1	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	7
	Zusammen ...	30	225	25	12	56	109	14	9	17	13	35	61	—	2	—	11	7	22	1	—	6	2	—	—	649

Zahl der polnischen Hörer an technischen Anstalten im ganzen Deutschen Reich.
Zusammenstellung nach Berufen.

Kaufende Nummer	Sitz der Anstalt	Maschinenbau	Elektrotechnik	Chemie	Kapierfabrikation	Porzellan	Gläser	Metallverarbeitung	Bauwesen	Betonbau	Zentralheizung	Brücken- u. Straßenbau	Randmeister	Musik	Zusammen
1	Altenburg	2	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6
2	Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31	31
3	Stettin	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5
4	Göthen	13	6	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29
5	Mitteleuropa	40	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	65
6	Posen	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8
7	Neufreilich	3	3	—	—	—	—	—	11	1	2	1	3	—	24
Preussischer Gebietszweig		10	4	—	—	—	—	—	10	—	—	—	3	12	41
Russischer Gebietszweig		50	23	2	1	—	—	—	—	1	2	1	—	17	100
Österreichischer Gebietszweig		9	10	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	2	22
Die Fremde		2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5
Studenten		71	38	3	1	—	—	—	11	1	2	1	3	23	160
Studentinnen		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	8
Zusammen		71	38	3	1	—	—	—	11	1	2	1	3	31	168

Zahl der polnischen Hörer an Lehranstalten der übrigen Staaten des Deutschen Reichs.
Zusammenstellung nach Berufen:

Lfd. Nr.	Sitz der Anstalt	Philosophie	Theologie	Philologie Geschichte	Mathematik Naturwissenschaft	Jura	Medizin	Zahnheilkunde	Tierarznei	Apotheker	Volkswirtschaft	Handel	Landwirtschaft	Forstwirtschaft	Geodäsie	Brauwesen	Architektur	Wege- und Brückenbau	Maschinenbau Elektrotechnik	Chemie	Berg- u. Hüttenwesen	Schöne Künste	Musik	Insgesamt
1	Braunschweig	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	3	3	—	—	—	9
2	Darmstadt	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	7	—	26	7	—	—	—	40
3	Dresden	—	—	—	—	—	1	—	—	3	—	—	—	—	—	—	9	—	15	3	—	2	—	30
4	Erlangen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	4
5	Freiburg in Baden	—	4	—	—	1	6	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	5
6	Freiburg in Baden	—	—	1	—	4	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17
7	Heidelberg	1	—	—	2	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17
8	Heidelberg	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	4	—	—	—	—	—	5
9	Jena	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	74
10	Karlsruhe	9	—	2	7	3	49	10	—	11	3	51	37	—	—	—	—	4	38	24	—	—	—	188
11	Leipzig	15	—	—	8	11	34	6	—	4	13	6	6	—	—	1	16	4	19	17	—	9	4	169
12	München-Freising	—	—	—	—	1	4	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8
13	Hof	—	—	—	1	2	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
14	Strasbourg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	14
15	Stuttgart-Hohenheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14
16	Tharant	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12
17	Tübingen	—	—	—	—	—	3	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
	Münster	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5
	Studenten	27	4	5	17	22	108	18	1	22	19	51	55	12	—	1	41	9	101	59	5	2	5	584
	Studentinnen	—	—	—	1	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	9	5	18
	Zusammen	27	4	5	18	22	110	18	1	22	19	51	55	12	—	1	41	9	101	60	5	11	10	602

Vergleichende Zusammenstellung nach den Gebietsteilen und Berufen.

Einfließen	Philosophie	Theologie	Philologie u. Geschichte	Mathematik und Naturwissenschaften	Gura	Medizin	Zahnheilkunde	Vierarzney	Apotheker	Wissenschaft	Handel	Kandwirtschaft	Wirtschaft	Geologie	Braunwesen	Architektur	Berge- und Brückenbau	Wissenschaft, Elektro-technisch	Schiffbau	Chemie	Berg- und Hüttenwesen	Ödöne Künfte	Militär	Insgesamt
Preußen	aus dem preussischen Gebietsteil	14	221	12	15	51	79	13	8	17	6	10	29		2	11	2	10	1	1	2			494
	" " russischen "	5		1	5	1	28		1		5	21	25				4	5		4				105
	" " österreichischen "	11			2	1		1			1	3	7				1	7		1				35
	aus der Fremde.....		4	4		3	2				1	1												15
Des Deutschen Reichs ohne Preußen	aus dem preussischen Gebietsteil	10	4	3	2	11	65	18	1	22	8	9	21	4		3	1	3		3	1			184
	" " russischen "	9		13	9	9	39				6	45	30	8		1	3	71		38	3	5		315
	" " österreichischen "	8		1	1	2	1				3	2	4			9		11		15	1	6		64
	aus der Fremde.....			1	2		5				2					3	5	16		4				39
Des ganzen Reichs	aus dem preussischen Gebietsteil	24	225	15	7	62	144	31	9	39	14	14	50		2	14	3	13	1	4	3			678
	" " russischen "	14		1	18	10	67		1		11	66	55	8		1	7	76		42	3	5		9 420
	" " österreichischen "	19		1	3	3	1	1			4	5	11			9	1	18		16	1	6		99
	aus der Fremde.....		4	5	2	3	7				3	1				3	5	16		4	7			54
Insgesamt		57	229	22	30	78	219	32	10	39	32	86	116	12	2	1	16	123	1	66	7	11	10	1251
Davon Studentinnen		2			2															2		9	5	25

Aus Nr. 265 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 16. November 1911:

Der Kampf mit den Gebetbüchern.

Der Großvater des gegenwärtig herrschenden deutschen Kaisers, Wilhelm I., sprach bei einer gewissen militärischen Feier die bezeichnenden und hochbedeutenden Worte aus: „Nur Soldaten, die Gott treu sind, können auch dem König und dem Vaterland treu sein. Wir müssen also dafür sorgen, daß dem Soldaten nicht nur die Religion erhalten bleibt, sondern wir müssen auch eifrig dafür sorgen, daß die Soldaten ihre Pflicht Gott gegenüber nicht vernachlässigen. Erst dann werden wir eine Bürgschaft dafür haben, daß die Soldaten treu zur Standarte des Vaterlandes und zu ihrem Monarchen stehen werden.“

In Preußen hat indessen anscheinend ein höheres Gewicht und eine größere Bedeutung die Ansicht des eisernen, trotzdem aber nicht ewigen Reichskanzlers Bismarck, daß ein Königswort keinen Pfennig wert ist, wenn man das Wort eines Mannes mißachtet, dem die deutsche Nation als Beweis der Anerkennung seiner großen Werke den Beinamen „Der Große“ gegeben hat.

In Preußen sind heute leider größer als alle, die große Taten vollbracht haben, die Hafatisten; denn sie sind selbst der Regierung bereits über den Kopf gewachsen. Heute haben die Hafatisten über die Häupter der Regierung ihre Standarte mit der Losung erhoben: „Macht geht vor Recht“, „unser Zweck heiligt die Mittel“. Was geht sie heute die Anschauung Wilhelms des Großen an, da sie heute größer geworden sind und sich, außer anderen, die Germanisierung der Polen als Hauptziel gesteckt haben. Da sie uns auf andere Art nicht so schnell, wie sie möchten, loswerden können, haben sie sich ans Werk gemacht, uns auf jede mögliche Art und Weise zu germanisieren, und sie sind in ihren Mitteln nicht gerade wählerisch.

Sie sagen sich, „der Zweck heiligt die Mittel“, und sie gebrauchen deshalb auch das, was doch jedem Menschen das wertvollste und das heiligste ist, d. h. die Religion, als Mittel zur Erreichung ihres Zweckes.

Nicht genug, daß aus der Schule der Religionsunterricht in der Muttersprache entfernt worden ist, zeigt uns der triumphierende Hafatismus, daß er alle beherrscht, daß der Pole, wohin er sich auch wenden mag, seine Faust sehen muß, die sich nach allem, was uns, was uns heilig ist, ausstreckt.

Wo ist heute der Hafatismus nicht vertreten? In der Schule, im Gericht, in den Ämtern, mit einem Wort überall, ja sogar auch im Heer. Und gerade dort, wo man dies am wenigsten erwarten dürfte, wo alles ohne Unterschied des Standes und der Nationalität eine Pflicht erfüllt, den Dienst für das Land und für den König, dort verwehrt der Hafatismus, auf Grund weiß der Teufel welchen Rechtes, den polnischen Soldaten, in der Muttersprache zu beten. Wenn die Sache auch beinahe unglaublich ist, so haben wir dennoch keine Veranlassung an der Wahrheit dessen, was uns mitgeteilt wird, zu zweifeln.

Ein gewisser Jüngling aus Kujawien, der als Rekrut eingezogen worden war, nahm ein polnisches Gebetbuch mit, das ihm die Eltern, als sie ihn für den zweijährigen kaiserlichen Dienst ausstatteten, zusammen mit ihrem Segen mit auf den Weg gegeben hatten.

Und was geschah? Der Feldwebel der Kompanie, welcher unser Kujawier zugeteilt wurde, bemerkte bei einer Revision das polnische Gebetbuch, nahm es fort und befahl dem Soldaten, sich ein deutsches Buch zu beschaffen. Aus Rücksicht auf den armen Rekruten erwähnen wir nicht den Ort, wo dies geschehen ist. Mitgeteilt hat es uns ein gewisser Priester, der, obwohl

selbst deutscher Abstammung, keinen genügend treffenden Ausdruck zur Beschreibung dieser Tatsache finden konnte.

Und was veranlaßte jenen Feldwebel zum Kampf mit den polnischen Gebetbüchern? Es ist doch in ihnen nichts enthalten, was die königliche Majestät oder das Ansehen des Heeres schmälern könnte! Außer Gebeten und einigen Kirchenliedern ist in diesen Büchern doch nichts enthalten, was die polnischen Soldaten zum Ungehorsam gegen ihre vorgesetzte Behörde aufreizen könnte! Schließlich sind die Militärgerichte doch nicht gewöhnt, die Vergehen irgend eines Soldaten als geringfügig zu behandeln. Und davon kann schon gar keine Rede sein, daß ein polnisches Gebetbuch der militärischen Behörde Ursache zum Kummer mit ihren polnischen Rekruten geben sollte.

Als Polen verstehen sie ihre Pflicht, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. Als Beweis hierfür möge der Militärbehörde die durch die Statistik festgestellte Tatsache dienen, daß in der Zahl der Fahnenflüchtigen gerade die Deutschen überwiegen und zwar in dem Verhältnis, daß auf einen Polen fünf Deutsche kommen. Diese haben doch, so lange sie leben, ein Gesangbuch nicht einmal angesehen. Was hat also diese wackeren Landsleute veranlaßt, die Fahne ihres Königs zu verlassen? Wem kann es denn leichter und angenehmer sein, seiner Militärpflicht in den preussischen Reihen zu genügen, als gerade den Deutschen!

Wenn sie das Elternhaus verlassen, befinden sie sich nicht in einem fremden, sondern in ihrem Element. Die Vorgesetzten sind deutsch, das Kommando und überhaupt alles erfolgt in deutscher Sprache; was braucht der deutsche Rekrut also mehr? Schon sein Name und seine Abstammung verbürgen ihm Beförderung, und trotzdem sind schon vier Deutsche geflohen, und der fünfte bereitet sich zur Flucht vor, bevor ein Pole an Fahnenflucht denkt. Also nicht die Furcht kann die Veranlassung dazu geben, den polnischen Soldaten die polnischen Gebetbücher fortzunehmen, sondern man muß dies die Fortsetzung des Werks der Germanisierung nennen. Was die Schule nicht vollbringen kann, aus dem einfachen Grunde, weil sie außerhalb ihres Bereiches keine Gewalt über die polnischen Kinder und keinen Einfluß hat, das soll der Dienst im Heer vollbringen.

Wo bleibt das christliche Gewissen, wo die vielbesprochene Gottesfurcht? — ruft jener „deutsche“ Priester. Das ist doch nichts anderes als ein Kampf mit der Seele eines Menschen, der dem König und dem Staat gegenüber nur das verschuldet hat, daß er nach Gottes Willen als Pole geboren ist und nach Gottes Willen polnisch beten und leben muß, wie seine Väter gelebt haben.

Mit Tränen in den Augen klagte jener wackere und gerechte Priester, daß er sich seiner Stammesgenossen schämen müsse, die auf solche Art die Gerechtigkeit und Gleichberechtigung der Nation auffassen, welcher die preussischen Könige die Erhaltung des Glaubens, der Sprache und der Sitten und Gebräuche so feierlich versprochen und garantiert hatten.

Nicht genug damit, daß man in der Schule die polnischen Kinder durch die Beseitigung der Muttersprache benachteiligt, verbietet man dem Polen auch dort, wo der Pole ebenso wie der Deutsche als Staatsbürger seine Pflichten erfüllt, in seiner Muttersprache zu beten. Das wird freilich nicht dazu beitragen, die Herzen der polnischen Soldaten für die Sache zu gewinnen, der sie aus Pflicht dienen müssen.

Es ist doch eine allgemein bekannte Sache, daß nur das Gebet in der Muttersprache wirklich von Herzen kommen kann, daß man in keiner anderen Sprache seine Gedanken und seine Seele so aufrichtig zu Gott

erheben kann, wie in der Muttersprache, in der Sprache, in welcher uns die Mutter das erste Gebet gelehrt hat.

Selbst Bismarck hat doch gesagt, daß er, trotzdem er die französische Sprache völlig beherrschte, während seines Aufenthaltes in Paris in der Kirche nicht französisch, sondern deutsch gebetet habe. Seiner Ansicht nach sei es dem Menschen nur möglich, in der Sprache, die ihn die Mutter gelehrt habe, im Gebet mit Gott zu sprechen.

Aber was geht das die Sakatisten an? Sie sind bereit, ihren Kampf mit den polnischen Gebetbüchern damit zu rechtfertigen, daß unser Herrgott nur Gebete in der kulturellen Sprache versteht und erhört, daß es zu unserer Erlösung durchaus erforderlich ist, daß wir uns in Deutsche umändern.

Aus Nr. 262 des Postep (Posen)
vom 16. November 1911:

Ein gutes Vorhaben.

G o n s a w a, im November.

In letzter Zeit brodelst es in unserer sonst so ruhigen Stadt wie in einem Kessel und zwar infolge der beabsichtigten Gründung der „Spolka blawatna“ (Kurzwarengenossenschaft), einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung, zwecks Schaffung von Konkurrenz dem Judentum, welches direkt fabelhafte Summen an den Polen verdient und sich jetzt aus letzteren gar nichts mehr macht. Um den jüdischen Hochmut zu demütigen, hat man in letzter Zeit schon oftmals versucht, dem Judentum Konkurrenz zu machen, indem man polnische Kurzwarenläden anlegte. Doch diese Anstrengungen blieben erfolglos. Alle Läden sind so schnell wieder verschwunden, wie sie entstanden sind, da sie der jüdischen Konkurrenz nicht gewachsen waren, hauptsächlich aber aus dem einfachen Grunde, daß erstens das nötige Anlagekapital hierzu fehlte und zweitens, weil die Kaufleute keine kaufmännische Fachbildung und auch keine Qualifikationen zum Kaufmann besaßen. Einzig nur ein tüchtiger und gewandter Fachmann könnte mit dem hiesigen Judentum zum offenen Kampf antreten und an einen glücklichen Ausgang hoffen, d. h. den polnischen Groschen in die Kassen der polnischen Kaufleute lenken.

Dem Kaufenden und für die nationalen Pflichten gleichgültigen Publikum kann man nicht immer die Schuld an der Nichtbeachtung der Parole „Jeder zu dem Seinen“ beimeessen. Die Schuld liegt eher auf Seiten der Kleinwarenhändler, die dem Grundsatz huldigen, nur die beste Ware zu führen. Wäre es nicht besser, mit diesem Grundsatz zu brechen und dem Wunsche des Publikums entsprechend auch billigere Ware zu beziehen, um die Vorwürfe, daß man bei dem Polen zu teuer einkaufe, Lügen zu strafen?

In letzter Zeit zeigte man mir einen Gegenstand, der beim Juden und Polen gekauft worden ist. Beide Sachen waren sich einander ähnlich wie zwei Tropfen Wasser mit dem einzigen Unterschied, daß der Gegenstand, der beim Juden gekauft wurde, billiger war. Doch mag das schon hingehen, aber in Anbetracht dessen, daß die Umgegend groß, reich und fast ganz polnisch ist, muß man schon bei dem Gedanken selbst erröten, daß wir das Judentum, welches uns die Sahne vor der Nase wegstinkt, unter uns leiden und ihm erlauben, uns auszunützen. Doch bald wird der Augenblick kommen, wo wir das Judenjoch von uns abschütteln werden. Es ist bekannt, daß eine Gesellschaft von Männern, die vermögend sind und die nötige Zeit besitzen, der Allgemeinheit zu dienen, beschlossen hat, hier eine Kurzwarengenossenschaft zu gründen.

Es hat sich schon ein Komitee gebildet, an dessen Spitze ein eifriger Bürger und heißer Patriot Herr Tucholka aus Marcinkowo steht, ein Mann, deren es wenige sogar unter der Schlachta der Umgegend gibt. Wir hoffen, daß das Komitee seine Aufgabe zur Zufriedenheit lösen wird, um so mehr, da es viele Landleute und Geistliche gibt, die statt ihre Kapitalien in Banken unterzubringen, sie in der Genossenschaft zu ihrem und der Stadt Vorteil lozieren würden, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß eine solche Kapitalsanlage größere Gewinne bringt als die in Form von Depositen mit bescheidenem Zinsfuß.

Die Genossenschaft wird in der Bahnhofstraße, wo der Hotelbesitzer Herr Mnichowski beabsichtigt, ein Gebäude zu errichten, in welchem parterre dann die Genossenschaftsräume sich befinden würden, untergebracht. Im ersten Stockwerk wird sich dann ein Saal und ein Vereinszimmer, beide in unserer Stadt sehr notwendig, befinden.

Doch einige sind diesem schönen Werke abhold, es sind nicht viele, doch ihr Protest hallt weit und breit, wie eine ein großes Unglück alarmierende Zinke (eine Art Pfeife). Es haben sich eitle Leute gefunden, die nun beleidigt sind, weil man sie nicht zur Hilfe gerufen hat. Die Eitelkeit dieser Leute beschränkt sich auf Spitze Redensarten oder auf völliges Schweigen. Ich spreche hier die volle Wahrheit, um den durch dem Werke abgeneigte Leute Verführten die Augen zu öffnen. Allerdings ist die einmalige Aufforderung der Genossenschaft beizutreten eine Fliege, auf deren Summen niemand acht gibt, — jeden Aufruf nehmen wir sofort zu Herzen, aber die Ausführung verschieben wir auf später. Die Gläubiger und verschiedene Blutsauger haben sich schon daran gewöhnt; niemals rechnen sie auf den ersten Termin, im Gegenteil sie fühlen sich glücklich, wenn der neunte ihre Hoffnungen erfüllt. Ich selbst, der ich von den kleinstädtischen Kapitalisten als ein sehr reicher Bürger angesehen werde, zahle die Zinsen niemals pünktlich und komme zur Sitzung des Industrievereins regelmäßig zu spät. Aus diesem Grunde appelliere ich auch gar nicht an die Frauen, unsere Gonsawerinnen; jene geschmückten, geschickten, koketten und wie es scheint, in Milch gebadeten Gonsawerinnen, durch welche jüdische und deutsche Modistinnen und verschiedene Kosmetikfabriken glänzend verdienen, werden auch mit der Zeit aufhören, ihre Besorgungen, in anderen Städten zu machen.

Aus Nr. 264 des Lech (Gnesen)
vom 17. November 1911:

In Sachen der Verschacherung des Viktoria-Gartens

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

„Der Viktoria-Garten ist durch Schuld der Aufsichtsratsmitglieder Leon Smielecki und Stanislaus Sczaniecki, und der Vorstandsmitglieder Bronislaus Hoffmann und Severin Olzjewski in fremde Hände übergegangen.

Die Herren Smielecki und Hoffmann haben bewußt gesündigt, die Herren Sczaniecki und Olzjewski dagegen durch nachlässige und leichtsinnige Verwaltung ihrer Ämter. Das Aufsichtsratsmitglied Splonskowsky trägt keine Schuld an der Sache.

Dr. Tomaszewicz, Niedrowski, Prabucki,
Zwierzynski, Chojnacki.

Aus Nr. 264 des Lech (Gnesen)
vom 17. November 1911:

Eine Seidenwaren-Genossenschaft

beabsichtigt man in Gonsawa zu gründen, um den jüdischen Unternehmern erfolgreich Konkurrenz zu machen. An der Spitze des Komitees, das sich mit den leitenden Arbeiten befaßt, steht Herr Tucholska aus Marcinkowo dolne.

Die Geschäftsräume der Genossenschaft werden sich in dem in der Bahnhofstraße projektierten Hause des Herrn Amichowski befinden.

Den Gedanken, in Gonsawa eine „Seidenwaren-Genossenschaft“ zu gründen, muß man mit wahrer Freude begrüßen. Man muß auch erwarten, daß sich einerseits das entsprechende Kapital finden wird, und daß andererseits die Landsleute das neue Unternehmen aufrichtig und eifrig unterstützen werden.

Aus Nr. 266 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 18. November 1911:

Wie die „Mittelstandskasse“ arbeitet.

Schon häufig hatten wir Gelegenheit, uns mit der Tätigkeit der „Mittelstandskasse“, dieser Helferin der Ansiedlungskommission, und mit der Art und Weise zu beschäftigen, wie sie ihre Absichten durchführt. Es ist bekannt, daß in ihren Diensten nicht nur die Pastoren, sondern auch die Gendarmen, die Distriktskommissare und andere Beamten stehen. Es sieht vollkommen so aus, als ob diese Beamten nicht allen Bürgern in gleicher Weise dienen sollten, sondern nur den Deutschen. Gegenwärtig teilt man uns wieder nachstehenden interessanten Fall mit:

Der Wirt Michael Fojutowski in Mamlitz bei Bartischin verhandelte wegen Verkaufs seiner Wirtschaft mit einer gewissen Parzellierungsbank in Posen. Dies erfuhr der Gendarm, er kam zu Herrn Fojutowski und überredete ihn, daß er seine Wirtschaft durch seine Vermittlung verkaufen sollte. F. wurde darauf vom Distriktskommissar in Bartischin vorgeladen, der ihn nach langen Überredungen ein Protokoll, das nicht verlesen wurde, unterschreiben hieß, was er auch tat. Bald darauf erschien ein vorzüglich polnisch sprechender Herr und verhandelte wegen des Ankaufs. F. sträubte sich, und nach zwei mißlungenen Versuchen erfuhr er bei dem dritten Besuche dieses Herrn, daß er der Vertreter der „Mittelstandskasse“ war. Fojutowski verkaufte seine Wirtschaft nicht.

Aus vorstehendem ergibt sich, daß sich Herr Fojutowski leicht in einen Handel mit der Mittelstandskasse hätte verwickeln können. Er hätte zum Verschacherer werden können und außerdem hätte er sicher auch Schaden erlitten, denn diese interessante Institution liebt nicht zu teuer zu bezahlen. Sie reguliert nur die Hypotheken und trägt sich das Vorkaufsrecht ein (nach der Taxe), wodurch die Wirtschaft an Wert verliert.

Aus dem vorstehend beschriebenen Fall ergibt sich, daß jeder Wirt sehr vorsichtig sein muß, wenn sich die Mittelstandskasse mit ihm in Geschäfte einlassen will. Vor allen Dingen darf man kein Protokoll unterschreiben, bevor es der Beamte nicht vorgelesen und genau erklärt hat, um was es sich handelt. Jeder Beamte muß es tun. Andernfalls könnte man sein Todesurteil oder seine Verurteilung zu einer Portion Hieben unterschreiben, die jeder verdient, der ihm unbekannte Protokolle unterschreibt.

Aus Nr. 265 des Dziennik Kujawski (Hohenalza)
vom 16. November 1911:

Schadlowitz, den 12. November.

Wir teilen eine freudige Nachricht mit. Auf Veranlassung des Propstes Paluchowski versammelten sich etwa 30 junge Leute, um einen Gesangverein zu gründen. Als Gast war Herr Anton Harenda, Mitglied der „Harmonia“ in Szymborsze, erschienen.

Den Vorsitz übernahm Propst Paluchowski, das Schriftführeramt Herr Johann Kzekanowski. Der geistliche Vorsitzende hielt einen schönen Vortrag über die Bedeutung und den Einfluß des Gesangs und Herr Harenda unterstützte seine Ausführungen. Es wurde also beschlossen, einen Gesangverein mit dem Sitz in Schadlowitz unter dem Namen „Wernyhora“ zu gründen, zum Zwecke der Pflege des weltlichen und kirchlichen Gesanges. Die Ausarbeitung der Satzungen wurde dem Vorstand übertragen.

In den Vorstand wurden gewählt:

Propst Paluchowski, Vorsitzender,
Adalbert Zientara, Stellvertreter,
Fr. Melka, Dirigent,
Johann Kzekanowski, Schriftführer,
Johann Skonieczny, Kassierer.

Die Wahl der Beisitzer wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Es wurde beschlossen, 50 Pf. Eintrittsgeld und 25 Pf. Monatsbeitrag zu erheben. Die Versammlungen des Vereins sollen am ersten Sonntag eines jeden Monats um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Klobuchowski stattfinden. Die Gesangstunden finden zweimal in der Woche statt und zwar Dienstag und Freitag um 7 Uhr abends.

Es sind 28 Mitglieder beigetreten und zwar:

Propst Paluchowski,
Johann Skonieczny,
Stanislaus Kulpa,
Adalbert Zientara,
Ferdinand Kontowicz
Stanislaus Wilinski,
Mathias Panfil,
Johann Dombek,
Bronislaus Wielich,
Przedka Kulpa,
Stanislaus Nowakowski,
Kosalie Zientara,
Franziska Stelter,
Stan. Kaczmarek,
Pelagia Zientara,
Fr. Wypijowski,
Ant. Groblewski,
Kosalie Gabrych,
Wer. Litwin,
Agn. Skonieczna,
Ewa Kwiatkowska,
Anastasia Przybecz,
Wer. Pulaczewska,
Lud. Groblewski,
W. Kopczyński,
Theodor Kopczyński,
Johann Kzekanowski.

Dem neuen Verein „Glückauf!“ Möge er sich möglichst gut entwickeln und der Stolz der ganzen Pfarodie werden.

Aus Nr. 22 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. November 1911:

Ein neuer Verein in Tremessen.

Die Organisation der kaufmännischen Jugend kann sich eines neuen Erfolges rühmen. Etliche Kollegen

welche die Notwendigkeit der Gründung eines Vereins junger Kaufleute in Tremessen erkannt, beriefen zum 12. November d. Js. nach dem Tomczakischen Lokale eine Versammlung ein, zu welcher sich zehn Kollegen aus der Stadt, sowie Delegierte aus Hohenalza, Mogilno, Gnesen und Posen eingefunden hatten.

Um 6¹/₄ Uhr eröffnete Kollege Jaraczewski die Sitzung und begrüßte die Erschienenen, unter ihnen auch den einzigen Vertreter der selbständigen Kaufleute, Herrn Thomas, sowie den Geistlichen Potocki.

Die Leitung der Versammlung wurde Herrn Thomas übertragen, der Herrn Niklas zum Protokollführer und die Herren Janowski und Ciepielski zu Beisitzern berief.

Der Posener Delegierte, Herr Kontrowicz, sprach über die Ziele und Aufgaben des Vereins junger Kaufleute sowie über die sich daraus ergebenden Vorteile. Das Referat wurde mit großem Interesse entgegen genommen, es überzeugte die Versammelten von der tatsächlichen Notwendigkeit des Zusammenschlusses der kaufmännischen Jugend in eigene Vereine. Nach dem Verlesen der Satzungen durch den Delegierten, Herrn Larek, erklärte man sich deshalb auch einmütig für die Gründung des Vereins junger Kaufleute unter der Fahne der Vereinigung; alle Tremessener Kollegen erklärten ihren Beitritt zum Verein. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Ignacy Niklas, zum Schriftführer Cz. Butsakowski, zum Kassierer Kollege K. Janowski gewählt.

Dem neuen Verein viel Glück!

St.

Aus Nr. 22 des Kupiec (Posen)

vom 16. November 1911:

Am Sonntag, den 12. d. M., wurde in Gnesen eine Generalversammlung der Wähler der Stadt abgehalten, an der sich die Bürger sehr zahlreich beteiligten. Mit großer Stimmenmehrheit wurde die nachstehende Kandidatenliste für den Reichstag angenommen:

1. B. Kaszproicz,
2. Gfll. Rat Piotrowicz,
3. Joseph Chocizewski.

Es wäre zu wünschen, daß auch die ferneren Wählerversammlungen mit Gnesen zusammengehen und dieselbe Liste annehmen wollten. Auf diese Weise würde in den Reichstag ein Abgeordneter hineinkommen, der mit den Bedürfnissen und Angelegenheiten unseres Handels und Handwerks gut bekannt ist.

Aus Nr. 11 des Przyjaciół Trzeźwości

(Freund der Enthaltjamkeit) Posen

vom November 1911:

In dem Bericht über die am 8. Oktober d. Js. in Wanne abgehaltene Versammlung der Delegierten der polnischen Enthaltjamkeitsvereine des rheinisch-westfälischen Bezirks heißt es u. a.:

Es wurde beschlossen, beim Verbands der Enthaltjamkeitsvereine den Antrag zu stellen, der Verband möge den Hauptvorstand der Polnischen Berufsvereinigung ersuchen, in seinen Organen regelmäßig mit fettem Drucke folgende Aufschrift zu veröffentlichen: „Landsleute, enthaltet euch des Alkoholgenußes und tretet dem Enthaltjamkeitsverein bei, denn nur der nüchterne Arbeiter ist imstande, sich eine bessere Existenz zu erkämpfen!“

Denselben Antrag soll der Verband der Enthaltjamkeitsvereine an alle polnischen Zeitungen senden. Manche Vereine beklagten sich darüber, daß es bei

der Bemühung um die Verbreitung der Enthaltjamkeit vorgekommen sei, daß der Vorsitzende einer Filiale der Polnischen Berufsvereinigung gegen den Enthaltjamkeitsverein aufgetreten ist. Aus diesem Grunde ist beschlossen worden, sich an die Polnische Berufsvereinigung mit der Bitte zu wenden, die Vorsitzenden der Filialen zu belehren, wie sie sich dem Enthaltjamkeitsvereine gegenüber verhalten sollen. Endlich beschloß man, die Abstinenzler mögen bei den Reichstagswahlen nur einem solchen Kandidaten die Stimme geben, der die Zusicherung gibt, daß er im Parlamente bemüht sein werde, für eine Einschränkung des Verbrauchs bzw. der den Verbrauch alkoholischer Getränke verhütenden Mittel zu sorgen.

Aus Nr. 23 der Gazeta dla Kobiety (Posen)

vom 19. November 1911:

Ein neuer Verbandsverein erwerbstätiger Frauen in Dobrojewo.

Auf Veranlassung der Frau Gräfin Kwilecka ist der Verein erwerbstätiger Frauen unserem Verbands beigetreten. In der am 2. November cr. abgehaltenen Versammlung sprach der Generalsekretär, Geistlicher Grzenda aus Posen, über die Aufgaben, Ziele und Vorteile der einzelnen Vereine und des Verbandes.

Der Verein zählt 107 Mitglieder; der Monatsbeitrag beläuft sich auf 50 Pfg.

Dem Vorstande gehören an:

Anna Promelska, Vorsitzende,	
Maria Promelska, Schriftführerin,	
Klaudia Bytnerowicz, Kassiererin,	
Barbara Promelska, stellv. Kassiererin,	
Stephanie Elonska, Bibliothekarin,	
Franziska Nowak, stellv. "	
Maria Ruster,	} Beisitzerinnen,
Hedwig Adamska,	
Frau Gräfin Kwilecka,	} Beirätinnen.
Anna Szymkowiak,	

Patron des Vereins ist Propst Dr. Sypniewski, Vizepatron Geistlicher Grzesiek aus Scharfenort.

Die Vereinsversammlungen werden an jedem Mittwoch nach jedem Monatsersten stattfinden. Mit dem Liede „Wir wollen Gott“ wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Nr. 45 des Przemysławowiec (Posen)

vom 5. November 1911:

Die Handwerkerfrage und die Reichstagswahl.

Weshalb berührte der Przemysławowiec aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahl die Sache der Wahl eines Handwerkers als Abgeordneten? Eben deshalb, weil die Frage für uns eine sehr weittragende Bedeutung hat, ja man kann sogar behaupten, daß sie eine der weittragendsten Fragen ist. Man sagt, daß die Städte durch die Germanisierung bedroht, daß sie mit dem Kranze der deutschen Kolonien umgeben sind und früher oder später der Germanisierung unterliegen müssen. Da unsere Handwerker in den Städten den größten Teil des Volkes bilden und weit zahlreicher sind als die Kaufleute, so wird es hauptsächlich von ihnen abhängen, ob sich das polnische Volk erhalten wird.

Es handelt sich hier nicht um die Erhaltung des polnischen Charakters unserer Städte und Städtchen,

sondern geradezu darum, ob wir zu guter Letzt ganz und gar Proletarier werden sollen, ob der Pole sogar kein Handwerker mehr werden darf, ob unserem Volke nicht nur der Weg zu den Ämtern, zu den besseren Berufen, sondern auch zum Handwerk versperrt werden wird. Bei uns befaßt sich seit langer Zeit niemand mit der Handwerkerfrage, die Handwerker sind sich im Gegensatz zu der Arbeiterfrage, deren Interesse in der ganzen Welt allgemein ist, selbst überlassen. Man muß dennoch feststellen, daß die Handwerkerfrage nicht nur bei uns, sondern auch in Deutschland vernachlässigt ist. Fast ganz ohne Beteiligung der Handwerker wurde im Parlament die Gewerbeordnung, welche das Handwerk unter die Aufsicht und Abhängigkeit der Staats- und der Kommunalbehörden stellt, durchgeführt. Die Gewerbeordnung muß im Interesse des Handwerks durchaus geändert werden. Für uns wird wohl augenscheinlich die Gewerbeordnung niemand ändern, aber selbst die deutschen Handwerker verlangen die Änderung, weil auch für sie die Gewerbeordnung unerwünscht ist.

Dieses ist eben ein sehr wichtiger Moment bei den diesjährigen Reichstagswahlen.

Um welche Änderung der Gewerbeordnung handelt es sich hier? Es handelt sich darum, daß die Innungen das Recht der Prüfung der Gesellen und Meister besitzen, so wie es bisher war. Dieses Recht hat man Innungen abgenommen, das Recht die Gesellen zu prüfen, besitzen nur die Innungen, welche eine besondere Genehmigung der Handwerkskammer erhalten haben, das Recht die Meister zu prüfen besitzen besondere Kommissionen, auf deren Zusammenlegung die Handwerker keinen Einfluß haben.

Es wird nicht nur praktisch, sondern auch, wie es bei uns vorkommt theoretisch geprüft, was mit dem Handwerk selbst nichts gemeinschaftliches hat. Worum es sich beim Prüfen handelt geht daraus hervor, daß die Behörde Rektoren der Volksschulen zu Vorsitzenden der Prüfungskommission wählt, wogegen die deutschen Handwerker, wie es z. B. die Deutschen in Bromberg getan haben, protestieren.

Die Gewerbeordnung schreibt weiter vor, daß das Recht, Lehrlinge zu halten und auszubilden, nur den geprüften Meistern zustehe. Man mußte aber denjenigen Meistern, welche bis jetzt das Recht hatten, Lehrlinge auszubilden, auch fernerhin belassen, obwohl sie keine Prüfung ablegten. Wir befinden uns in einer Lage, wo wir die Schärfe des Gesetzes noch in einer Reihe von Jahren nicht verspüren werden, weil eine große Anzahl von Handwerkern dieses Recht besitzt. Polnische Meister, welche dieses Recht haben, Lehrlinge auszubilden, werden mit jedem Jahre weniger, wenn unsere Handwerker die Meisterprüfung nicht ablegen werden. Legen denn unsere Handwerker die Meisterprüfung ab? Darauf kann man schon heute entschieden antworten, daß die Zahl der Polen, welche die Prüfung ablegen, verhältnismäßig kleiner ist als die Zahl der deutschen Handwerker. Es bestehen Klagen der polnischen Handwerker über die Schwierigkeiten bei der Prüfung. Man kann doch aber diese Klagen, soweit sie sich darauf beziehen, ob sie die Prüfung nicht wegen Unkenntnis der „Theorie“ nicht abgelegt haben, nicht feststellen.

In wirtschaftlicher und nationaler Hinsicht wird es für uns von Nachteil sein, wenn dieser theoretische Teil der Prüfung immer mehr Druck ausüben wird, denn zu dieser Zeit werden die Lehrlinge da eine Lehrstelle suchen, wo sie besser die deutsche Sprache erlernen können. Wenn sie sich aber später überzeugen, daß es dem Polen schwer fällt, Meister oder sogar Geselle zu werden, dann werden sie überhaupt kein Handwerk mehr lernen, sondern unter die Fabrikarbeiter gehen

und zwar umso lieber, weil der Fabrikarbeiter gleich Geld verdient und jeden Sonnabend den Verdienst nach Hause bringt.

Über die Schwierigkeiten bei den Prüfungen werden sich auch in gleichem Maße die Deutschen beklagen, denn es ist infolge des leichteren Verdienstes in den Fabriken in ganz Deutschland ein großer Mangel an Lehrlingen. Es liegt also gar nicht im Interesse des Handwerks, der Gesamtheit oder des Staates, daß durch das Gesetz dazu beigetragen wird, daß immer mehr Arbeiter würden. Der Gesamtheit kann daran nichts liegen, denn sie wird wegen Mangel an Handwerkern immer mehr dem Handwerker für die Arbeit zahlen müssen; dem Staate selbst, besonders der deutschen Regierung und den Konservativen kann an der Vermehrung der Arbeiterarmee, besonders der deutschen, unter denen die Sozialdemokratie unumschränkt herrscht, nichts gelegen sein.

Im Gegenteil, die Regierung und die Konservativen sind dafür, die Handwerker für sich zu gewinnen. Der Handwerker, der sich als selbständiger Mensch etwas erarbeitet, bildet in dem heutigen Staate ein friedliches Element. Er kann zugleich mit dem großen Besitzer, mit dem kleinen Landwirt und dem Kaufmann die kräftigste Stütze des Staates bilden. Das haben die Faktoren oben erkannt und es begann die Organisation der sogenannten Mittelstandspartei, welche bei den zukünftigen Wahlen eine größere Rolle spielen soll.

Gerade in diesem Augenblick müßten die Handwerker mit ihren Bedingungen, unter welchen sie bereit sind, den Parteien Unterstützung zu gewähren, hervortreten.

Die Aussichten, das zu erhalten, was sie wünschen, sind sehr groß; denn man kann die Regierung leicht überzeugen, daß die Gewerbeordnung ihr nicht den geringsten Vorteil bringt, und was noch schlimmer ist, sie macht ihr da Feinde, wo sie Bundesgenossen suchen müßte.

Wenn die Sache augenscheinlich zur Beratung kommt, dann werden im Parlament Leute nötig sein, welche die Sache gehörig aufklären, vor allen Dingen aber Abgeordnete-Handwerker, welche als Handwerker in jener, keinem der Ökonomen bekannten Handwerkerfrage mit einer gewissen Autorität werden hervortreten können.

Wenn man die Bedeutung eines Abgeordneten-Handwerkers im Parlament verstehen will, so darf man ihm auf keinen Fall mit dem Abgeordneten-Arbeiter vergleichen. Die Wahl des Abgeordneten-Handwerkers ist keine Wahl zum paradieren, es handelt sich hier auch nicht darum, die Handwerker für die national-polnische Sache dadurch zu vereinigen, daß wir einen Abgeordneten-Handwerker wählen, denn die polnischen Handwerker waren und werden auch ohne dies tapfere Patrioten bleiben, sie würden sich sogar zurückgesetzt fühlen, wenn man sie mit solchen „Brei und Salz“ für die Sache zwingen sollte, für welche sie bereit sind, uneigennützig vielleicht mehr, oder wenigstens soviel zu tun, was jeder andere Stand tut. Es handelt sich hier um eine Sache, und nicht um eine Phrase, es handelt sich um eine wirkliche und greifbare Hilfe, welche einem gewissen wichtigen polnischen Stande gebracht werden soll. Es handelt sich hier — man kann sagen — um den Beginn einer realen sozialen Arbeit, bei welcher wir eine verständige glückliche Konstellation der inneren Verhältnisse Deutschlands gewinnen. Man kann auf dieses Verlangen nicht sagen, wir haben jetzt keine Zeit auch einen Abgeordneten-Handwerker zu geben, kommt später, denn unser Kopf ist mit wichtigeren Sachen beschäftigt.

Augenblicklich gibt es, wenigstens auf dem sozial-nationalen Gebiete keine wichtigere Sache, als die des Handwerks. Diese Angelegenheit zeigt nirgends Klassenhaß, sie erzeugt keine Parteiinteressen, sie kann also niemanden abschrecken, höchstens nur diejenigen, für welche jeder neue Gedanke, die Anstrengung des unerwünschten Geistes ist.

Unserer Ansicht nach, würde es im Interesse der Gesamtheit liegen, wenn man mit mehreren Handwerker-Kandidaturen hervortritt und sich bemüht, wenigstens eine im sicheren Kreise durchzuführen. Wenn wir mit einer zweiten Kandidatur in einem unsicheren Kreise hervortreten, und den Charakter der Handwerkerkandidatur hervortun, so könnten wir dabei ebenfalls ein gutes Geschäft machen.

Nichts zeigt besser unsere unpraktische Wahlorganisation, als z. B. die Durchführung solcher Kandidaturen, deren Aufstellung nicht in der Kompetenz der Gesamtheit liegt.

Was für Abgeordnete uns fehlen und was für welche nötig sind, kann der Kreis oder Bezirk nicht wissen denn sie sind niemals in der Lage das Ganze unserer Repräsentation in Berlin zu organisieren. Wir sehen, was für große Schwierigkeiten in der Zusammenstellung entsprechender Kräfte in der Repräsentation vorhanden sind.

Es wäre sehr gut, wenn sich die Handwerker überall, wo sie nur können bemühen würden, die Handwerker-Kandidatur in welchem Orte es auch sei, durchzuführen. Auf diese Seite wird die Handwerker-Kandidatur bei der endgültigen Festsetzung der Abgeordneten-kandidaturen leichter Berücksichtigung finden.

Aus Nr. 46 des Robotnik (Posen)
vom 19. November 1911:

Zusammenkunft der geistlichen Patrone und Vizopatrone.

Am Montag fand im Katholischen Vereinshause in Posen die Jahresversammlung der geistlichen Patrone und Vizopatrone unseres Verbandes statt.

Der Verbandsvorsitzende, Brälat Stychel, eröffnete um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr mit einer herzlichen Ansprache die Beratungen. Er bemerkte, daß die Patrone unserer Verbandsvereine seit einer Reihe von Jahren zusammenkämen, um sich in den wichtigen Angelegenheiten zu verständigen, gegenseitig zu belehren und zur weiteren Arbeit anzuregen. In dieser Arbeit habe es uns im vergangenen Jahre an ernststen Schwierigkeiten nicht gefehlt. Der Vorsitzende bespricht den Artikel der Krotoschiner Zeitung „Katholische Rundschau“, welche einen grundlosen Angriff gegen unsere ehrliche Arbeit veröffentlichte und besonders unseren geistlichen Patronen ohne jegliche Beweise vorgeworfen hat, daß sie in unseren Vereinen unter dem Mantel der sozialen Arbeit eine revolutionäre Agitation betrieben. Diese Vorwürfe nennen wir unwürdige Verleumdung und weisen sie mit Entrüstung von uns zurück. Wir arbeiten ehrlich in unseren Vereinen, und unsere Tätigkeit ist eine derartige, daß sie das Tageslicht nicht zu scheuen braucht. Wir erfüllen nur unsere heilige Pflicht und verfahren nach den Weisungen des apostolischen Stuhles, vieler Kirchenfürsten und besonders unserer geistlichen Behörde, welche immer mit dem größten Wohlwollen und väterlichen Sorgfalt für uns eintrat. Es ist noch niemals in der Geschichte unseres Verbandes etwas vorgekommen, was den geringsten Anlaß zur Nichtbefriedigung der Leiter unserer Erzdiözesen geben könnte.

Und auch heute in der gegenwärtigen Versammlung haben wir den neuen Beweis desselben wohl-

wollenden Schutzes, eine neue Zusicherung, daß wir den gerechten und ehrlichen Weg gehen. Der Herr hochachtungswürdige Bischof Dr. Sikowski beehrte uns durch seine Anwesenheit, er kam trotz vieler wichtiger Geschäfte doch zu uns, um unseren Beratungen zu folgen und wieder zur weiteren Arbeit anzuregen.

Der Vorsitzende begrüßte alsdann im Namen aller Versammelten den hochwürdigsten Gast.

Nach der vorher verlesenen Tagesordnung nahm alsdann der geistliche Generalsekretär zu seinem Referat „Überblick über die Verbandsangelegenheiten“ das Wort.

Die Aufgabe des Vortrages war, den geistlichen Patronen das vor Augen zu führen, was gegenwärtig in unserem Verbands das wichtigste ist.

Redner erging sich zunächst sehr ausführlich über den Rechtsstand unserer Vereine sowie des ganzen Verbandes. Im vergangenen Jahre hatten unsere Vereine eine Reihe von Streitigkeiten mit den Verwaltungsbehörden. Es handelte sich zunächst um eine sehr wichtige Sache, namentlich um die Feststellung, ob unsere Vereine nach dem Reichsvereinsgesetz als politische Vereine anzusehen sind. Diese Angelegenheiten sind im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens und durch das ordentliche Gericht erledigt worden.

Die Gerichte urteilten verschieden. Es waren Urteile gefällt, die besagten, daß wir keine politischen Vereine sind. In der letzten Zeit fällt das Oberlandesgericht in Posen das Urteil, daß unsere Vereine zu den politischen Vereinen zu zählen sind. Im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens gingen zwei Vereine bis an das Obergerichtsgericht in Berlin, welches am vergangenen Dienstag das Erkenntnis fällte. Dieses Erkenntnis befindet sich allerdings noch nicht in unseren Händen, wir haben aber einen besonderen Bericht unseres Rechtsanwalts Dr. Kolszewski, der uns in Berlin verteidigte. Jenes Gericht tat dar, daß unsere Vereine sehr eng mit dem Verbands, welchem sie angehören, verbunden seien. Der Verband entwickle nach § 14 seiner Satzungen unzweifelhaft eine sozial-politische Tätigkeit. Die Vereine müssen daher den Bestimmungen des § 3 des Vereinsgesetzes nachkommen.

Da das entsprechende Urteil erst am vergangenen Dienstag gefällt wurde, konnte der Hauptvorstand sich mit der Sache noch nicht befassen. Dies wird geschehen, sobald das Gericht das Erkenntnis zuschickt.

Der geistliche Generalsekretär stellte auch die Streitigkeiten unserer Vereine hinsichtlich des Charakters unserer Versammlungen vor. Auf Grund der gefällten Urteile kamen wir zu der Überzeugung, daß:

1. die Versammlungen unserer Vereine geschlossene Versammlungen sind. Es muß nur eine strenge Kontrolle beim Eingang nach dem Saal durchgeführt werden;
2. die Polizei kein Recht hat, diese Versammlungen zu kontrollieren. Gegen die Mißbräuche seitens der Polizei muß protestiert und Beschwerde eingelegt werden.

Der Geistliche Visiecki gab den anwesenden Patronen bekannt, daß noch ein Streit in Sachen unserer Sterbekassen wie der Verbands- und alle anderen Kassen schwebt, der noch nicht beendet sei.

Die zweite wichtige Sache war unser Verhältnis zu den Arbeiter-Bruderorganisationen und zwar:

1. zu den Verbänden polnisch-katholischer Arbeitervereine Deutschlands. Wenn auch der gänzliche Anschluß des Bruderverbandes zu dem unserigen aus vielen Rücksichten nicht möglich ist, so bemühen sich doch die beiden Hauptvorstände darum, eine enge Annäherung herbeizuführen, um:

a) Gegenseitiges Wohlwollen zu pflegen;

- b) gegenseitig Mitglieder auszutauschen, namentlich um das Übergehen der Mitglieder aus einem in den anderen Verband zu erleichtern;
- c) um eventl. eine gemeinschaftliche Zeitung zu schaffen;
- d) um schließlich eine Verständigung in Sachen der Verbandskassen herbeizuführen.

2. Eine Aufklärung verlangt noch unser Verhältnis gegenüber der Polnischen Berufsvereinigung, denn es kamen und kommen noch hin und wieder gewisse Mißverständnisse vor. Hier und dort ist augenscheinlich noch eine gewisse Ungeschicktheit, die auf den Mangel der Fertigkeit in der Führung der Arbeiterfrage zurückzuführen ist. Diese Ungeschicktheiten machen sich jedoch immer weniger bemerkbar.

Man muß jedoch feststellen, daß die Gesamtheit unserer Patrone und Bizepatrone sowie unser Verband der Polnischen Berufsvereinigung sehr wohlwollend gegenüberstehen und daß auch ihr Verhältnis uns gegenüber ein solches sein mußte.

Berechtigt ist ohne Zweifel die rein berufliche Bewegung und Richtung, wenn sie nur richtig ist und wenn sie sich auf gerechte und gesunde Grundsätze stützt, wie sie aus unseren katholischen Lehren und Glauben entspringen. Wenn die Polnische Berufsvereinigung so weiter verbleibt wie sie heute ist, dann werden ihr die geistlichen Patrone die wohlwollendste Zuneigung erweisen.

Nicht minder ist auch unsere mehr aufgeklärte Richtung berechtigt, nicht minder ist auch unsere Arbeit über die Bildung des Herzens und über die Aufklärung des Geistes unseres Arbeiters notwendig, eine Arbeit, wie wir sie in unserem Verbands im Namen Gottes führen.

Es kann also von irgendeiner gemeinsamen Bekämpfung, von einem ungesunden und für die Arbeiterbewegung schädlichen Konfessionskampf, oder von einem gegenseitigen Neide über die Größe der Mitgliederzahl keine Rede sein.

Die Fälle dagegen, welche von beiden Seiten zu Klagen Anlaß gegeben haben, können nur Erscheinungen vorübergehender Mißverständnisse sein. Beide Arbeiterorganisationen mußten sich darum bemühen, gemeinsam an dem Wohle des Arbeiterstandes zu arbeiten.

In Sachen der Entwicklung des Verbandes bemerkte der geistliche Generalsekretär, daß eine der ersten Aufgaben des Hauptvorstandes die Bemühungen waren, recht viel Arbeitervereine zu gründen.

Trotz Anregung des hochehrwürdigen Bischofs, die er in vorjähriger Zusammenkunft der geistlichen Patrone zum Ausdruck brachte, haben unsere Bemühungen in dieser Hinsicht nicht die gewünschten Erfolge gehabt. Es sind kaum einige neue Vereine hinzugekommen. **Gegenwärtig haben wir 250 Vereine**, Parochien sind im Bereiche der beiden Erzbischöfen 558, das zeigt, daß wir noch in 308 Ortschaften Vereine haben könnten.

Das kann man nicht dadurch erklären, daß man überall dort Vereine gegründet hat, wo sie sein müssen, daß vielleicht keine Arbeiter mehr zu organisieren sind.

Man sagt, daß das Großherzogtum Posen etwa 300 000 polnischer Arbeiter zählt. In unseren Vereinen haben wir erst über 30 000 Arbeiter. Das zeigt, daß wir bisher kaum den zehnten Teil unter unserer Fahne zusammenscharen konnten.

Es ist im laufenden Jahre vorgekommen, daß sich Arbeiter aus mehreren Gegenden an uns mit der Bitte um Gründung eines Vereins gewandt haben. Wir schrieben seinerzeit an den örtlichen Propst oft ohne

Erfolg, sodaß die berechtigten Wünsche der örtlichen Arbeiter nicht erfüllt werden konnten.

Der Verband befand sich in mehreren anderen Fällen noch in einer viel schlimmeren Lage, wenn uns die Arbeiter geschlossen mitteilten, daß sie nach vergeblichen Bemühungen bei ihrem Seelsorger selbst einen Arbeiterverein gegründet und uns gebeten haben, ihn in den Verband aufzunehmen. Die Briefe mit Anfragen an maßgebende Faktoren blieben ohne Antwort.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Lage in diesen Parochien geradezu gefährlich erscheint. Die Arbeiter fühlen selbst die Notwendigkeit der Organisation. Die dazu berufenen Personen sind damit nicht einverstanden. Es kann leicht vorkommen, daß es in solchen Fällen dem ersten besten Agitator gelingen wird, die bedauernswerten Arbeiter zum großen Nachteil für die gute Sache an sich zu locken.

Es scheint, daß man in diesen angeführten Fällen den Verein trotzdem in den Verband aufnehmen und die Sache des Patronats nach § 10 der Verbandsstatuten, welcher besagt: In den Verbandsvereinen, welche vorübergehend keinen Patron haben, geht das Patronat auf den Generalsekretär bis zu dem Augenblicke der Anstellung eines neuen Patrons über, erledigen muß.

Auf diese Weise werden wir die Gefahr abwenden, und wir werden den Verband vor dem Vorwurf, daß er seine Aufgaben gegenüber den Arbeitern nicht erfüllt, schützen.

Im weiteren Verlaufe empfiehlt der Generalsekretär die Agitation zur Werbung neuer Mitglieder für unsere schon bestehenden Vereine.

Was die innere Arbeit in den Vereinen anbetrifft, so machte der Redner vor allen Dingen auf die Vorträge und Bibliotheken aufmerksam und empfahl die Kataloge sowie die Verzeichnisse des Volkslesevereins, aus welchen man mehr Nutzen als bisher ziehen müßte.

Es mangelte also in unserer Arbeit nicht an kleinen Schwierigkeiten, es fehlte uns im vergangenen Jahre selbst nicht an verleumderischen Verdächtigungen, aber trotzdem werden wir die im Namen Gottes unternommene Arbeit nicht verwerfen, in der Überzeugung, daß sie unsere Pflicht ist, welche wir zur Ehre Gottes und zum Wohle unserer Gesamtheit erfüllen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 138 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 18. November 1911:

In der Angelegenheit der Doppelmandate

veröffentlicht der Dziennik Poznański einen ihm übersandten Artikel, in dem der Verfasser sehr scharf gegen die Doppelmandate auftritt. Der Dziennik Poznański bemerkt, daß er grundsätzlich auch gegen Doppelmandate sei, aber er sagt, daß man sich ausnahmsweise mit einem Doppelmandat einverstanden erklären könne, wenn es sich um eine erstklassige Kraft handle, die ein Doppelmandat übernehmen wolle.

Was uns anlangt, so können wir uns auch mit einer derartigen Ausnahme nicht einverstanden erklären, denn es gibt und kann keine Kraft geben, die instände wäre, zwei Mandate gewissenhaft auszuüben. Denn niemand kann an einem Tage und zur selben Stunde gleichzeitig in der Landtags- und Reichstagsplenaritzung anwesend sein, und was noch wichtiger

ist, es kann niemand gleichzeitig in den Landtags- und Reichstagskommissionen arbeiten. Eine erstklassige Kraft wird sich auch nicht nach einem Doppelmandat reißen, wenn sie nicht durch die dringendste Notwendigkeit dazu gezwungen wird, denn erstklassige Kräfte wissen wohl, daß zwei Mandate niemand gewissenhaft ausüben kann. Es sei denn, daß sich ein Abgeordnetennovize, der noch nicht ordentlich an die Arbeit herangegangen ist, um ein zweites Mandat bewirbt, denn er hat die Last eines Mandats noch nicht ordentlich zu spüren bekommen. Erfahrene Abgeordnete, wie z. B. der Prälat Stychel und Herr Korjanty, die man zu den erstklassigen Kräften wohl rechnen darf, und die ein Doppelmandat inne haben, geben offen zu, daß die Ausübung von Doppelmandaten unmöglich ist.

Am wichtigsten aber ist, daß die polnische Fraktion beschloffen hat, die Wahlkomitees zu bitten, bei den Reichstagswahlen keine Kandidaten aufstellen, die schon Landtagsabgeordnete sind.

Angeichts dessen bitten wir die Wähler aller Wahlkreise auf das eindringlichste, nicht Landtagsabgeordnete zu Reichstagsabgeordneten zu wählen, es sei denn, daß sie erklären, daß Landtagsmandat niederzulegen oder es bei den nächsten Landtagswahlen nicht mehr anzunehmen. Wenn dagegen, wie es in einem Falle geschieht, ein junger Abgeordneter (es handelt sich jedenfalls um den Landtagsabgeordneten, Propst Kurzawski-Pakosch. Die Red. d. Ges.-Überbl.), der seine Abgeordnetenlaufbahn erst begonnen und schon gezeigt hat, daß er nicht Zeit hat, um ein Mandat gewissenhaft auszuüben, die Hand schon nach einem zweiten Mandat ausstreckt, so erachten wir es geradezu als eine Verhöhnung seiner eigenen Person, der Abgeordneten-tätigkeit und der Wähler. Wir halten es in jedem Falle für unsere Pflicht, eine derartige Verhöhnung, soweit es in unseren Kräften steht, zu verhindern.

Aus Nr. 138 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 18. November 1911.

Das Wahlkomitee des Kreises Konitz.

hat am vergangenen Montag eine zweite Sitzung abgehalten, zu der auch der Abgeordnete Kulerski eingeladen war. Trotz seiner Ablehnung wollte man die Kandidatur des Herrn Kulerski wiederum an erster Stelle aufstellen. Doch der Abgeordnete Kulerski hat erneut erklärt, daß er vorläufig unter keinen Umständen ein Abgeordnetenmandat annehmen werde. Es wurde auch ein Schreiben verlesen, in dem Pfarrer Niedrowski mitteilt, daß er mit Rücksicht auf seine Pfarodie ein Mandat nicht übernehmen könne. Deshalb wurde auch darüber beraten, welche Kandidatenliste der Kreiswählerversammlung vorgelegt werden solle. Im Laufe der Beratungen wurde hervorgehoben, daß der Wahlkreis Konitz-Tuchel in schweren Kämpfen für die Volkspartei erobert worden sei, dessen erster Abgeordneter eben Herr Kulerski war. Angesichts dessen besteht für das Komitee auch die Pflicht, diesen Wahlkreis der Volkspartei, jener alten Volkspartei zu erhalten, für die ihn der Abgeordnete Kulerski vor 9 Jahren erobert hat.

Es wurde auch bemerkt, daß Herrn Kulerski ein Nachfolger gegeben werden müsse, der dessen politischen Grundsätze fenne und sich ausdrücklich zur Volkspartei bekennen werde. Schließlich ist eine entsprechende Kandidatenliste beschloffen worden, die aber aus gewissen Gründen erst später bekannt gegeben werden wird. Es ist auch die Hoffnung ausgesprochen worden, daß die polnischen Herren Konservativen im Wahl-

kreis Tuchel-Konitz das Recht der Volkspartei auf das Abgeordnetenmandat Konitz-Tuchel wohl respektieren und keine Zwistigkeiten im Wahlkreise hervorrufen werden. (Auch wir hoffen, daß die Wahlen friedlich ablaufen werden. Die Red.).

Aus Nr. 266 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 18. November 1911:

Der Verrat der nationalen Sache in Culm.

Culm, den 16. November 1911.

Obwohl unser Wahlkomitee allgemein bekannte polnische Bürger als Stadtverordnetenandidaten aufgestellt hat, obwohl fast alle unsere Blätter in der Dienstagsnummer zur nationalen Solidarität aufgefördert haben, obwohl unser Wahlkomitee alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um vor dem deutschen Bürgerverein zu warnen, trotz alledem haben sich unter uns solche gefunden, welche unsere nationale Sache verraten haben!

Die an Stelle von drei zurücktretenden Polen aufgestellten neuen polnischen Kandidaten sind alle durchgefallen! Nur Deutsche sind gewählt worden! Fast die Hälfte der betörten Polen ist dem deutschen Bürgerverein gefolgt und hat für seine deutschen Kandidaten gestimmt! Der Bürgerverein war so gnädig als Lockspeiße zwei solcher Polen aufzustellen, von denen jeder von vornherein wußte, daß sie, mit den Deutschen konkurrierend, durchfallen würden. Die Deutschen haben natürlich diesen Polen zum größten Teil ihre Stimmen nicht gegeben, dagegen haben die betörten Polen für die Deutschen gestimmt, sodaß sich die Beamten am Wahlstisch die Hände vor Freude gerieben haben!

Bei den Wahlen, bei denen sonst immer drei Polen im ersten Wahlgange durchgekommen sind und ein vierter noch in Stichwahl gekommen ist, sind nun also dank der polnischen Anhänger des deutschen Bürgervereins nur Deutsche gewählt worden! Man schämt sich ordentlich, davon zu schreiben! Die polnischen Kandidaten dieses Vereins haben eine traurige Rolle gespielt. Einer von ihnen war bisher Stadtverordneter, und war sogar vom polnischen Komitee aufgestellt. Trotzdem hat er zusammen mit den deutschen Kandidaten das Mandat aus den Händen des deutschen Bürgervereins angenommen. Das polnische Komitee hat das Doppelspiel dieses Herrn zu spät erkannt und konnte im letzten Augenblick seinen Wahlplan nicht mehr ändern und jemand anders an seiner Stelle aufstellen, da sonst eine Verwirrung unter den Wählern entstanden wäre. Es handelte sich also nur noch um unsere drei polnischen Kandidaten, um die Herren Batke, L. Nowicki und A. Strehlau. Ehre diesen Herren, daß sie trotz der Wählerreien gegen sie seitens der betörten Landsleute die nationale Standarte hochgehalten haben!

Und nun ein Wort über die polnischen Anhänger des deutschen Bürgervereins. Der eine wie der andere ist Direktor einer polnischen Genossenschaft! Der eine und der andere nimmt an den öffentlichen Versammlungen des Bürgervereins teil!

In der letzten Versammlung saß einer am Vorstandstisch und der andere in der ersten Stuhlreihe im Saal, um ein Beispiel zu geben, wie unsere Volksgenossen den Bürgerverein besuchen müssen!

Die erste Versammlung des Bürgervereins vor einem Jahre, die der Herr Direktor unserer Bank geleitet hat, hat also schon reiche Früchte getragen!

Aus Nr. 138 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 18. November 1911:

Die Volksvereine und Begräbniskassen.

Aufgabe unserer Volksvereine ist es, Aufklärung und Religiosität zu verbreiten und auf die Moral der Mitglieder einzuwirken. Doch muß es, wenn auch eine untergeordnete Aufgabe sein, eine Versicherung der Mitglieder für den Todesfall oder für das Alter anzustreben. Es tritt also das Bedürfnis heran, für die Volksvereine eine gemeinsame Sterbekasse einzurichten. Einzelne Vereine besitzen schon derartige Kassen, aber nicht alle, weil es mit vielen Schwierigkeiten verknüpft ist. Die einzelnen Volksvereine können sich nämlich der Gefahr aussetzen, daß im Falle vieler Sterbefälle die zugesicherte Rente nicht wird ausgezahlt werden können. Deshalb ist die Schaffung einer Zentralsterbekasse für alle polnischen Vereine durchaus erforderlich. Zweifellos hat das Patronat der polnischen Vereine schon daran gedacht, doch bisher ist nichts bekannt geworden, ob die Absicht in Kürze verwirklicht werden wird. Ich bitte daher höflichst um Antwort. Im Falle daß eine Zentralsterbekasse nicht geschaffen werden sollte, wäre es vielleicht möglich, die Mitglieder der Volksvereine in der Zentralsterbekasse „Leo“, Köln a. Rh., für katholische Vereine zu versichern. Mir ist ein Prospekt überandt worden, aus dem man sich überzeugen kann, daß die Versicherung dort sehr günstig ist. Eine derartige Versicherung ist zweierlei:

1. für den Todesfall,
2. für ein gewisses Lebensalter.

Das für den Todesfall versicherte Mitglied, welches z. B. 40 Jahre alt ist und monatlich 10 Pfennige (jährlich 1,20 Mk.) zahlt, erhält beim Todesfall 34 Mk. aus dieser Kasse. Bei 20 Pfennige Monatsbeitrag (jährlich 2,40 Mk.) 68 Mk. usw. Je jünger es ist, desto mehr erhält es natürlich, denn es zahlt ev. mehr ein. Wenn sich jemand auf ein bestimmtes Lebensalter versichert, dann wird die Summe nach Ablauf dieser Jahre oder beim früher eintretenden Todesfall ausbezahlt. Wer z. B. 40 Jahre alt ist und sich auf das 60. Lebensjahr oder für den Todesfall versichert, erhält bei einem Monatsbeitrage von 10 Pfennigen 22 Mk., bei 20 Pfennigen 44 Mk. usw. Ich bitte daher das geehrte Patronat um umgehende Antwort in der Gazeta Gdanska, ob für die polnischen Vereine eine besondere Zentralkasse zu gründen beabsichtigt wird, oder ob es sich empfiehlt, mit der Zentralsterbekasse „Leo“ in Köln in Unterhandlungen zu treten.

X.

Anmerkung der Redaktion: Vielleicht möchte sich unsere polnische Versicherungs-gesellschaft „Besta“ in Posen damit befassen.

Aus Nr. 139 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 18. November 1911:

In einem die

Wahlen

betr. Artikel des Pielgrzym heißt es u. a.

Versammlungen sind notwendig, je mehr desto besser. In jeder größeren Ortschaft müßte eine Versammlung abgehalten werden. Hier und da ist es ja schwierig, einen Saal zu bekommen, aber das neue Gesetz gestattet Versammlungen unter freiem Himmel. Im Winter ist es allerdings schwierig, derartige Versammlungen abzuhalten, wenn es aber nicht anders geht, dann muß man sich der Notwendigkeit fügen. Nur auf eins muß Bedacht genommen werden! Die

Versammlungen unter freiem Himmel dürfen nur kurz sein. Und wenn sie trotz ihrer Kürze ihren Zweck erreichen sollen, dann müssen sich die Redner gut vorbereiten, damit sie in einer kurzen, herzlichen und leicht verständlichen Ansprache alles das sagen, was notwendig ist.

Nach unserer Ansicht sprechen die Versammlungsredner zu weitschweifig; die Folge davon ist, daß die wichtigsten Sachen im Geiste der Hörer verwischt werden. Mögen die Redner nur kurz das uns zugefügte Unrecht besprechen; man braucht darüber nicht eine Stunde lang oder noch länger reden, sondern es genügt vielmehr daran zu erinnern und Bemerkungen daran zu knüpfen, denn das Unrecht selbst kennt und empfindet jeder. Die Versammlungsreden müssen mehr praktische Seiten berühren, damit nicht nur ein Strohfeuer angefacht wird — viele Bravorufe — Hochrufe auf die Redner, sondern daß sie zum dauernden Nachdenken und zur ständigen Erwägung führen. — Auf jeder Versammlung müssen nebenbei Sachen aus der Praxis besprochen werden, welche die Zuhörer näher angehen. In zahlreichen Kreisen gilt das Maulkorbgesetz; die Versammlungen der polnischen Vereine müssen im geschlossenen Kreise abgehalten werden; den Vereinen gehören aber leider noch immer sehr wenig Polen an. — Darum sind die Wählerversammlungen für viele Gegenden die einzige Gelegenheit für die Aufklärungstätigkeit und für die Vertiefung der Aufklärung unter den breiten Massen. Darum muß diese Gelegenheit in weitestem Maße ausgenutzt werden. — Die Arbeiten der Kreiskomitees häufen sich ja, doch dieser Arbeit müssen sie sich unterziehen, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen.

Mögen die Kreiskomitees gegebenenfalls Redner und Agitatoren aus den Kreisen der Intelligenz zur Hilfe nehmen. — Wir müssen es durchführen, daß in jedem größeren Ort eine Versammlung abgehalten wird, und zwar eine belehrende und den Mut stärkende Versammlung. Mögen die Redner kurz, aber inhaltsreich und warm sein. — Wir müssen es dahin bringen, daß nicht 90, 95 und 98%, sondern alle ihr Wahlrecht ausüben, denn in manchem Wahlkreis kann die Wahl und der Sieg unseres Kandidaten nur von zwei bis drei Stimmen abhängen. Um die Wahlbegeisterung zu erhalten, müssen Kandidaten gewählt werden, die den Wählern ihrer eifriger Tätigkeit wegen bekannt und den breiten Massen wohlwollend gesinnt sind.

Einen Fehler mögen aber die Kreiskomitees vermeiden. Es ist vorgekommen, daß für den ganzen Kreis nur eine Versammlung zur Aufstellung der Kandidatenliste abgehalten worden ist; die Versammlung fand an einem unbequem gelegenen Ort und zur unpassenden Zeit statt, sodaß nur die Wähler eines Ortes die Kandidaten gewählt haben, und der Rest des Kreises mußte „ja“ sagen. Das hat manchmal Anlaß zu bitteren Bemerkungen und zur Erbitterung gegeben, was die Begeisterung abgeschwächt hat.

Mögen die Komitees wenigstens einige Orte in Aussicht nehmen, wohin sich zahlreiche Wähler einer Gegend zur passenden Zeit einfinden können. Es wird dadurch ein größeres Interesse erweckt, das Nationalgefühl vertieft, sowie die Bedeutung der Wähler gehoben und eine größere Begeisterung hervorgerufen. Es ist ja möglich, daß die Meinungen verschieden sein werden, aber dafür wird das Komitee weniger Verantwortung haben, denn es wird eine Auswahl unter denjenigen Kandidaten haben, die sich die Wähler am meisten wünschen. Außer diesen, wenn wir so sagen dürfen, Zentralversammlungen müssen während der ganzen Wahlzeit fortwährend Aufklärungsversammlungen stattfinden — wenigstens in jedem größeren Orte und mindestens zwei in jeder Pfarochie.

Es werden Opfer notwendig sein; mancher wird viel Arbeit haben, aber auch die Erfolge und Früchte werden reichlicher sein als bisher. — Manche Gegend schläft: dort kennt man weder Volksbüchereien noch Volks-, landwirtschaftliche und Wahlvereine. Gute und zahlreiche Versammlung werden zur Weckung des Geistes und zur **Wiedergeburt** sicher beitragen. Also eifrig an die Arbeit! Die Komiteemitglieder und alle arbeitswilligen Leute in Reih' und Glied, zur segensreichen Arbeit, jeder nach Möglichkeit und Kräften, sei es auf dem größeren Schauplatz oder im engeren Kreise!

Aus Nr. 136 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein Ostpr.) vom 16. November 1911.

Nützen wir die Wahlzeit aus?

In den letzten zwei Jahren hatten wir zweimal eine Wahlagitation gehabt, das erste Mal zu den Landtagswahlen hatten wir keinen eigenen Kandidaten aufgestellt, trotzdem aber die Wahlzeit benutzt, um Wahlversammlungen zu veranstalten. Die Versammlungen wecken nämlich das Volk aus der Lethargie auf. Weil nun unser ermländisches Volk noch zu wenig wachgerüttelt ist, so haben solche Versammlungen eine sehr große Bedeutung. In den veranstalteten Versammlungen hat man unter das Volk polnische Bücher verteilt und es zum Abonnieren der Zeitung angespornt. Weil nun dadurch die Zeitung in Häuser gekommen ist, die bisher keine solche Zeitung kannten, so ist also eine eifrige Wahlagitation in den Versammlungen auch jetzt notwendig, um aus den polnischen Häusern die deutschen Blätter zu verdrängen; denn wenn ein Pole nur eine deutsche Zeitung liest, so kann er schon als verloren betrachtet werden; ein solcher Pole germanisiert sich mit der Zeit gänzlich.

Doch die Wahlagitation dürfte nicht nur dies eine Ziel haben; sie muß vielmehr auch dazu benutzt werden, um etwas Dauerndes zu schaffen, sollten sonst alle in den Versammlungen gehaltenen Reden nicht Strohhalm bleiben. Man muß vor allen Dingen unser Volk in polnischen Vereinen organisieren. Ich denke hierbei vor allen Dingen an die Volksvereine, landwirtschaftlichen Vereine und an die polnische Bank. Die polnischen Volksvereine sind uns sehr notwendig, denn die deutschen Arbeitervereine erweitern ihre Tätigkeit immer mehr und locken unsere Leute an sich heran. Die Zentrumsleute selbst rühren sich, daß die Arbeitervereine eine feste Stütze des Zentrums sind, und wir alle wissen es, daß diese Vereine das Volk germanisieren, weil in ihnen alles „dajez“ zugeht.

Daher sind uns polnische Volksvereine notwendig. Wir dürfen nicht mit verschränkten Armen zusehen, wie die deutschen Vereine unser Volk germanisieren, denn sonst wird es mit unserer Sache immer schlimmer werden. Es genügt nicht, das Volk mit Worten diesen Vereinen abspenstig zu machen, sondern es müssen Organisationen geschaffen werden, die unserm Volke in der Muttersprache wenigstens ebensoviel bieten würden, wie die deutschen Vereine. Unsern Landwirten sind vor allen Dingen landwirtschaftliche Vereine notwendig, denn bei diesen geht es um die Hebung der Landwirtschaft, und unsere Landwirte würden sehr gerne eine bessere Bearbeitung des Bodens und eine bessere Wirtschaftsführung erlernen, damit die Einnahmen größer würden. Ein schöner Anfang ist schon gemacht worden; der erste landwirtschaftliche Verein in Ermland ist schon gegründet worden, nämlich für Gipsow und Umgegend. Wollten doch diesem Beispiel auch andere folgen, die die Sache in die Hände nehmen sollten und müßten.

In jedem Falle würde es gut sein, die Wahlzeit nicht nur zur Wahlagitation zu benutzen, um für unsern Kandidaten möglichst viel Stimmen zu bekommen, sondern es muß auch daran gedacht werden, irgendwelche dauernde Organisationen zu schaffen. Die Zeit, wo wir öffentliche Versammlungen einberufen und in ihnen in der Muttersprache reden können, wird nicht so leicht wiederkommen. Franz.

Aus Nr. 135 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein) vom 14. November 1911:

Zum Nutzen — oder zum Schaden?

Als die Generalvikariate in Breslau und Frauenburg die bekannten Verfügungen erließen, dachten sie sicher daran, daß sie durch ein solches Verbot der katholischen Sache dienen würden. Daher ist dieses Verbot nicht direkt gegen uns gerichtet, sondern es betrifft allgemein alle Wählerversammlungen und alle Geistlichen. Doch ob mit oder ohne Willen des Generalvikariats ist dieses in Wirklichkeit nur ein Mäntelchen, das sozusagen den gegen uns Polen gerichteten Stachel verdeckt. Jeder weiß es, daß die Deutschkatholiken überall Lokale für ihre Versammlungen erhalten; sie brauchen also nicht die Pfarrscheune und das Pfarrfeld zu benutzen. Es ist wiederum einem jedem auch bekannt, daß die ermländische Geistlichkeit überwiegend dem Zentrum angehört, so daß es den Zentrumsleuten niemals an Gelegenheit fehlen kann, mit Erlaubnis der Pöpsste in den Parochien Versammlungen zu veranstalten. Das Verbot der Benutzung der Pfarrgebäude und des Pfarrlandes zu Versammlungen trifft die Deutschkatholiken also nicht, und es bleibt ihnen gleichgültig, ob sie ihre Versammlungen wie früher ohne Pöpsst veranstalten, oder ob sie hierzu sich noch die spezielle Genehmigung des Pöpsstes holen, die Hauptsache bleibt es doch, daß die Zentrumsversammlungen immer stattfinden können.

Die ganze Schärfe des Verbots ist also nur gegen uns gerichtet; denn wir müssen unsere Versammlungen in Privathäusern, Gärten und auf den Feldern veranstalten. Die Gastwirte wollen uns ihre Säle aus Angst vor den Gendarmen nicht geben. Wir sind hauptsächlich auf die Reden unserer Geistlichen angewiesen, weil wir eine genügende Anzahl von weltlichen Rednern nicht besitzen. Daher auch hielten unsere Geistlichen in vielen polnischen Versammlungen die Reden. Jetzt bindet der neue Ukas des Generalvikariats ihnen die Hände; sie sollen nämlich den Zentrumsgeistlichen, der ihr politischer Gegner ist, um die Erlaubnis bitten, zum Volke sprechen zu dürfen. Es ist selbstverständlich, daß der Zentrumsgeistliche diese Erlaubnis nicht erteilen wird, weil er will, daß seine Parochianen ihre Stimmen einem Zentrumsmanne geben.

Das ganze Verbot der Generalvikariate betrifft nur uns und ist daher, trotz seines allgemeinen Inhalts nicht etwas anderes, als einfach eine gegen die Handvoll polnischer Geistlichen gerichtete Verfügung. Seine ganze Schärfe nämlich richtet sich gegen uns, und wir müssen mit Bedauern feststellen, daß in den zwei Diözesen, wo die Deutschen das Übergewicht haben, also in der Breslauer und Ermländischen Diözese, die Generalvikariate die Freiheit der polnischen Geistlichen jener Diözesen unterbinden.

Doch welche religiösen und seelsorgerischen Vorteile wird dieses Verbot mit sich bringen? Es ist doch aus religiösen Rücksichten erlassen worden. Erfolgreiche religiöse Folgen wird dieses Verbot wohl nicht zeitigen. Zuerst ist nach den heute geltenden Gesetzen Herr des Parochialvermögens der Kirchenvorstand;

daher kann nur der Kirchenvorstand die Abhaltung von Versammlungen auf Kirchenboden erlauben oder verbieten. Das Generalvikariat besitzt ein solches Recht nicht und tut dies vielleicht nur deswegen, weil es weiß, daß im Kirchenvorstand der Propst den größten Einfluß zu besitzen pflegt. Daher sollen durch ein solches Verbot des Generalvikariats die Präpste entsprechende Fingerzeige erhalten.

Außerdem gibt es keinen wichtigen Grund, daß der katholische Geistliche nur mit Erlaubnis des Ortspfarrers in den in der Pfarodie stattfindenden Versammlungen reden dürfe. In Deutschland, wo der Klerus eine so hervorragende Rolle spielt, reisen die Geistlichen bis nach Westfalen, Rheinland und nach dem Osten in unsere Landesteile, um Reden zu halten und für ihre Organisation zu arbeiten. Keiner fragt danach, wie der dortige Pfarrer diese Arbeit auffaßt. Dem Propst ist es als dem Hirten der Pfarodie erlaubt, seine Schäfchen vor den Feinden des Glaubens zu warnen, denn das ist seine Pflicht. Aber wer kann einem Geistlichen das Recht geben, einem zweiten rechtmäßigen katholischen Geistlichen das Reden in Versammlungen seiner Pfarodie zu verbieten? Trotz des allgemeinen Inhalts des Ukas ist es doch ersichtlich, daß sowohl in unsern als auch den schlesischen Verhältnissen das Verbot nur die Bedeutung hat, daß es den Zentrumsgeistlichen das Recht gibt, ihren polnischen Konfratres das Reden in Versammlungen der andern Pfarodien zu verbieten. Es ist jedem Menschen erlaubt, überall nach seinem Gewissen zu arbeiten; nur soll der polnische katholische Geistliche diese Freiheit entbehren?

Man hätte eigentlich erwarten dürfen, daß die Generalvikariate in Breslau und Frauenburg soviel Vertrauen zu ihren polnischen Geistlichen besitzen, um ihnen freie Hand zu lassen in der Überzeugung, daß diese selbst wissen, was sie tun dürfen und lassen müssen. Die Religion wird sicherlich nicht daran leiden, wenn ein katholischer Geistlicher an ein Volk einer fremden Pfarodie eine Ansprache hält. Aber es gibt offenbar Präpste in unsern und in den schlesischen Diözesen, die befürchten müssen, daß sie ihrer Einflüsse verlustig gehen könnten, wenn ein anderer Geistlicher in der Versammlung, welche in seiner Pfarodie stattfindet, eine Rede halten würde. Es scheint offenbar solche zu geben, die von sich nicht sagen können, daß sie ihren polnischen und deutschen Schäfchen das geben, was ihnen gebührt, denn in einem solchen Falle brauchen sie — wenn sie nicht die scharfen Grundsätze der Gerechtigkeit verlassen — sich nicht vor einem anderen Geistlichen zu fürchten. Ist ein Geistlicher bestrebt, jedem Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, so wird das von jedem anerkannt werden. Ein solcher Propst wird also keine Ursache haben, einem zweiten Geistlichen das Reden in seiner Pfarodie zu verbieten.

Wem bringt also dieser Ukas die größten Vorteile? Den Präpsten nämlich, die von den polnischen Pfarochianen als Germanisatoren angesehen werden und über welche das ganze polnische Volk klagt. Diese müssen befürchten, daß das Volk immer sehender wird, daß ihr Propst unrecht tut, wenn er polnischen Kindern den Religionsunterricht in einer fremden Sprache erteilt, wenn er den polnischen Gesang ausrottet usw. Unser Volk kann sich bewußt werden, daß der Geistliche eigentlich für alle sein sollte — daß er die Polen ebenso behandeln müßte wie die Deutschen —. Wir haben solche Präpste, die solches befürchten müssen und deren Einfluß in bedauerlicher Weise Einbuße erleiden würde. Daher ist es ihnen sehr zur Hand, daß sie den polnischen Geistlichen in ihren Pfarodien alle politischen Reden verbieten können. Daß aber die Religion von diesem Verbot keinen Nutzen hat, ist für jeden eine Tatsache, der die Verhältnisse kennt. Die Abneigung

gegen ihren Propst-Germanisator steckt tief in den Herzen der polnischen Ermländer, die solche Präpste haben — und sie wissen es auch, daß es noch andere Geistlichen gibt, die Polen sind und ein Herz für das polnische Volk besitzen. Unser Glauben verliert vielleicht, wenn unser Volk weiß, daß ihr Propst diesen polnischen Geistlichen verbieten kann, zu ihm zu reden. Nach dem Erscheinen des letzten Ukases des Generalvikariats wird in den Herzen dieser Pfarochianen die Bitterkeit zum Propst-Germanisator nur um so größer werden.

Das Generalvikariat hatte sicherlich religiöse und seelsorgerische Rücksichten im Auge. Doch, wie ich gezeigt habe, ist es eine sichere Tatsache, daß dieses Verbot nur die Hände der polnischen Geistlichen bindet und nur denjenigen Vorteile bringt, die dem Volke nicht offen sagen können: „Ich gebe den Polen und den Deutschen, was jedem gehört — mir als dem Seelsorger sind alle gleich lieb!“

Daher nehmen wir polnischen Ermländer diesen Ukas des Generalvikariats in Frauenburg mit Enttäuschung und Bitterkeit auf. Daß dieses Verbot uns nicht speziell nennt und scheinbar alle Geistlichen betrifft, das ändert an der Tatsache nichts, daß seine Schärfe nur gegen uns gerichtet ist. Das stellen wir mit Schmerz fest.

Ein ermländischer Pole.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 232 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 18. November 1911:

Kandidaturen in den schlesischen Wahlkreisen.

Die Kandidatenfrage in den Wahlkreisen Oberschlesiens ist, obgleich sie bisher das Provinzialkomitee für Schlesien zusammen mit den Kreisdelegierten noch nicht entschieden hat, Gegenstand von Erörterungen sowohl in Versammlungen als auch in Privatgesprächen. Es ist dies nämlich eine Frage, die alle polnischen Wähler lebhaft interessiert. Heute sind — wenn auch nicht öffentlich — fast in allen Wahlkreisen verschiedene Kandidaten in den Vordergrund gestellt worden. Welche politische Gruppen diese Kandidaten vorgeschoben haben, werden wir heute nicht auseinanderlegen. Wer das öffentliche Leben in Schlesien nur wenig verfolgt, weiß, wer die Abgeordneten „macht“. Aber auf die Arbeit hinter den Kulissen kommt es weniger an; sollte es doch allen darum zu tun sein, daß die Mandate aus den polnischen Händen in würdige Hände, in polnische Hände gelangen.

Im Wahlkreise Rosenberg-Kreuzburg rückt man die Kandidatur des Pfarrers Kutyska aus Wysocka in den Vordergrund, und man muß hinzufügen, daß diese Kandidatur auf keine Opposition gestoßen ist. Diesen Wahlkreis hatten bis jetzt unsere Feinde inne, und gebe Gott, daß ihn ein Pole eroberne.

Im Wahlkreise Oppeln soll der bisherige Abgeordnete dieses Wahlkreises Pfarrer Brandys aus Dzierpowitz kandidieren. Dieser Wahlkreis ist gefährdet, und darum soll ihn von neuem Pfarrer Brandys erobern. Es werden indes Ansichten geäußert, daß der Oppelner Wahlkreis wiederum nicht so gefährdet ist, wie der Wahlkreis Kosel-Groß-Strehlitz, und daß gerade in diesem Wahlkreis die Kandidatur des Pfarrers Brandys, der im Kreise Kosel ansässig ist und diese Zentrumsfeste kennt, in den Vordergrund gerückt werden sollte. Unseres Erachtens konnte den Wahlkreis Kosel-

Groß-Strehliß Pfarrer Wajda erobern, welcher der Liebling des Volks gerade in diesem Wahlkreise ist; dagegen sollte der Wahlkreis Oppeln dem Pfarrer Brandys belassen werden, wenn er durchaus kandidieren soll. Die Oppelner Nowiny raten, den Pfarrer Wajda nicht Unannehmlichkeiten auszusetzen, die ihm im Kampfe in dem Wahlkreise Kosel-Groß-Strehliß begegnen könnten, und machen den Vorschlag, dort die Kandidatur des Kaplans Pospiech aufzustellen. Wir pflichten der Ansicht der Nowiny nicht bei, weil es dem Pfarrer Wajda leichter als irgend einem anderen Kandidaten fallen wird, diesen Wahlkreis zu erobern; und sollte Kaplan Pospiech kandidieren, so müßte ihm schon deshalb, weil er nicht Pfarrer ist, ein sicherer Wahlkreis angeboten werden, andernfalls sollte er als Kandidat überhaupt nicht aufgestellt werden.

Im Wahlkreis Gleiwitz wird wahrscheinlich der bisherige Abgeordnete Pfarrer Jankowski aus Kotosz bleiben, und im Wahlkreise Ratibor wird wieder Pfarrer Banas aus Lubowitz kandidieren.

Um das Mandat Pleß-Rybnik bewerben sich mehrere Kandidaten; wer von ihnen das „Siegel“ der Kreiskomitees erhalten wird, ist bis jetzt nicht bekannt.

Den Wahlkreis Rattowitz-Zabrze hat sich bekanntlich Herr Korfanty, Redakteur der Katolik-Blätter, vorbehalten. Ein Teil der Wähler dieses Wahlkreises wünscht zum Abgeordneten einen Kandidaten aus Arbeiterkreisen. Dieser Wahlkreis ist gefährdet, und es wird Sache des Provinzialkomitees sein, so zu verfahren, daß dieser Wahlkreis nicht in fremde Hände gerät. Die Nationaldemokraten oder Volksparteiler stellen eine eigene Kandidatur nicht auf, sie sind jedoch der Ansicht, daß im Wahlkreise Rattowitz-Zabrze ein solcher Kandidat aufzustellen wäre, der in der eigenen Volksgesamtheit möglichst wenig Gegner hätte.

Im Wahlkreise Beuthen-Tarnowitz ist in zwei Versammlungen Herr Dombek, ein zweiter Redakteur der Katolik-Blätter, in den Vordergrund gerückt worden. Ein bedeutender Teil der Wähler aber fordert in diesem Wahlkreise die Kandidatur eines intelligenten, aufgeklärten Arbeiters. Auch wir treten dieser Anschauung bei, denn es müßte, wie wir schon in der Gaz. Lud. geschrieben haben, wenigstens einer von den Wahlkreisen im Industriebezirk — Rattowitz-Zabrze oder Beuthen-Tarnowitz — einen Arbeiter zum Abgeordneten haben. Gegen die Kandidatur lassen sich zahlreiche Stimmen vernehmen, und die Oppelner Nowiny schreiben, indem sie betonen, daß Redakteure überhaupt nicht Abgeordnete sein sollten, wörtlich:

„Wenn wir aus der Rolle, die Herr Dombek zu Oppeln in der Generalversammlung der Volksbank im Frühjahr d. J. spielte, entsprechende Schlüsse ziehen sollen, so müssen wir bestimmt erklären, daß wir uns Herrn Dombek als Abgeordneten überhaupt nicht vorstellen können.“

Die polnische Fraktion braucht gerade deshalb, weil sie so klein ist, andere Männer, und nicht solche, die sich auf jeden Wink hin von jedem zu jedem Zwecke mißbrauchen lassen. Andernfalls wird der Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz in Berlin in Wirklichkeit nicht von Herrn Dombek vertreten sein, sondern von denen, die seine Kandidatur vorgeschlagen haben.“

Alle diese oder auch andere mehr oder weniger oder gar nicht sympathische Kandidaturen müssen zunächst den Wählern durch die Kreiskomitees vorgeschlagen und dann in der Versammlung des Kreisdelegierten und des Provinzialkomitees bestätigt werden.

Aus Nr. 49 der Nowiny (Oppeln)

vom 21. November 1911:

Das polnische Wahlkomitee für den Kreis Groß-Strehliß

wird in diesen Tagen zusammen kommen, um den Abgeordnetenkandidaten zum Deutschen Reichstag aufzustellen, der den Wahlkreis Groß-Strehliß-Kosel in Berlin vertreten würde.

Der Wahlkreis Groß-Strehliß-Kosel ist so durch und durch polnisch, daß man hier Deutsche kaum als Heilmittel finden könnte, und dennoch hat diese verzehrend kleine Handvoll Deutscher mit Hilfe der Polen einen deutschen Abgeordneten in der Person des Pfarrers Glowacki gewählt. So darf es nicht sein. Wie die Deutschen einen Deutschen und nicht einen Polen zu ihrem Abgeordneten wählen, ebenso müßten die Polen einen Polen und nicht einen Deutschen zum Abgeordneten wählen. Wir Polen brauchen doch die Deutschen nicht als unsere Vormünder, denn wir können uns selbst helfen.

Also müssen im Januar n. J. die in den Kreisen Groß-Strehliß und Kosel ansässigen polnischen Wähler einen Polen zum Abgeordneten wählen, ebenso wie dies die Wähler in anderen Kreisen Oberschlesiens tun. Weiß doch die ganze Welt, daß hier fast ausschließlich Polen wohnen, und wenn wir diesmal wieder einen Deutschen als unseren Vertreter nach Berlin entsenden sollten, so würde dies bedeuten, daß das hiesige Volk dumm wie die Sünde ist. Einer solcher Schmach und Schande können wir uns in keiner Weise aussetzen. Arbeiten wir schon jetzt an unseren Landsleuten, klären wir sie auf und ermuntern wir sie zum Lesen guter polnischer Blätter, und wir können sicher sein, daß wir den Sieg davon tragen werden.

Aber bei den Wahlen ist die Person des Kandidaten das Wichtigste.

Wir schrieben schon unlängst, daß ein geeigneter Abgeordneten kandidat Kaplan Pospiech aus Krappitz wäre. Auf diese Notiz hin erhielten wir aus verschiedenen Gegenden des Kreises Groß-Strehliß Briefe, in denen uns mitgeteilt wird, daß diesen Kandidaten dort niemand kenne, also ein Sieg schwer zu erringen wäre. Unsere Korrespondenten verlangten fast alle wie ein Mann, der Pfarrer und Abgeordnete Wajda aus Keltich möchte die Kandidatur im Wahlkreis Groß-Strehliß-Kosel annehmen, denn dann halten alle seinen Sieg für gesichert.

Aber die Sache zerstückte sich daran, daß Pfarrer Wajda sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen und ein Mandat überhaupt nicht mehr ausüben wollte. Es halfen weder die Bitten des Groß-Strehlißer Komitees noch die Verstellungen, daß doch im Wahlkreise Oppeln ebenfalls ein Geistlicher gegen die Kandidatur des Pfarrers Brandys aufgestellt worden ist und er diese Kandidatur angenommen haben soll.

Was den Deutschen erlaubt ist, das kann doch wohl uns in der Bedrückung lebenden Polen niemand als Sünde anrechnen.

Am verflossenen Sonntag begab sich sogar eine Deputation zum Pfarrer Wajda um ihn zu bitten, die Kandidatur im Kreise Groß-Strehliß anzunehmen.

Man könnte es nicht genug bedauern, wenn Pfarrer Wajda dieser Stimme unseres Volks nicht folgen wollte und trotz allem die Kandidatur nicht annehmen würde. Bei einer so günstigen Haltung der Wähler, wie man sie auf Schritt und Tritt beobachten kann, ist unser Sieg fast gesichert.

Wie wir erfahren, werden auch noch von anderer Seite Schritte getan, um den Pfarrer Wajda zur Annahme der Kandidatur im Wahlkreis Groß-Strehliß-Kosel zu bewegen, und wir wollen hoffen, daß diese

Bemühungen von einem günstigen Erfolge gekrönt sein werden. Dann werden wir in diesen Kreisen den Pfarrer Wajda wie ein Mann wählen, damit unsere Bevölkerung im deutschen Reichstag einen würdigen Vertreter, einen edlen Priester und großen Freund des Volks, den Pfarrer Wajda, hätte, der ein Pole von Fleisch und Blut ist und für den die Trauer des polnischen Volks ebenfalls eine Trauer und dessen Freude ebenfalls seine Freude ist.

Aus Nr. 140 des Katolik (Beuthen D.-S.)
vom 23. November 1911:

Für den Kreis Rybnik.

Die Nationaldemokraten wollen Pfarrer Wajda aus dem Reichstag beseitigen. Die Nationaldemokraten schmieden seit langem ein Komplott gegen das Mandat des Pfarrers Wajda. Pfarrer Wajda wollen sie aus dem Reichstag beseitigen und das dem tüchtigen Geistlichen abgenommene Mandat des Wahlkreises Pleß-Rybnik ihrem Anhänger übertragen. Das Rybniker Komitee, dessen Vorsitzender der bekannte Demokrat Dr. Bialy ist, hat am verflossenen Sonntag von der Kandidatenliste den Pfarrer Wajda ganz gestrichen und beschlossen, der Wählerversammlung folgende Liste zu empfehlen: 1. Kaplan Pospiech, 2. Dr. Hager, 3. Dr. Rozanski. Also nicht einmal an dritter Stelle hat man den Pfarrer Wajda aufgestellt. Dr. Bialy weiß, daß Kaplan Pospiech Abgeordneter nicht werden wird, weil er Kaplan ist und der Kardinal ihm die Ausübung eines Mandats nicht gestatten wird, es müßte sich den Kaplan Pospiech aus der Zahl der Geistlichen unserer Diözese streichen lassen. Und dies wird Kaplan Pospiech nicht tun, denn wovon würde er leben? Das Volk aber würde für einen solch gestrichenen Geistlichen nicht stimmen. Die Nationaldemokraten wollen also auf diese Weise die Kandidatur des Dr. Hager aus Zabrze durchschmuggeln, denn dieser ist ihr Mann. Am Mittwoch, dem 22. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, haben sie insgeheim eine Wählerversammlung nach dem Schloß in Siegfriedsdorf einberufen. In dieser Versammlung wollen sie die Liste ihrer Kandidaten besiegeln. Diese Versammlung haben sie nicht mittelst der Zeitungen einberufen, sondern sie luden im Stillen brieflich ihre vermeintlichen Anhänger hierzu ein. Sie glauben, daß sie auf diese Weise den verdienten und allgemein beliebten Pfarrer Wajda seines Mandats berauben werden. Das katholische Volk und besonders auch das Arbeitervolk darf dies nicht gestatten und muß sich des bisherigen Abgeordneten annehmen, der die Sache des polnischen Volks mit großem Eifer verteidigt hat. Darum fordern wir die polnischen Wähler des Kreises Rybnik auf, am Mittwoch wie ein Mann zu der Versammlung in Siegfriedsdorf zu eilen und dort zu fordern, daß die Kandidatur des Pfarrers Wajda an erster Stelle aufgestellt werde. Wie ein Mann eilt, Landsleute, in die Versammlung! Wie ein Mann stimmt für Pfarrer Wajda!

Aus Nr. 231 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 17. November 1911:

Aufruf des polnischen Wahlkomitees für den Kreis Tarnowitz.

Geehrte Landsmänner und Landsmänninnen!

Der Kreis Tarnowitz ist in jeder Beziehung unter den oberschlesischen Kreisen am meisten vernachlässigt. Dazu haben folgende Gründe beigetragen: Die tiefe

Bildungsstufe, der Mangel an Intelligenz sowie an natürlichen Volksführern; ferner der Mangel an polnischen Vereinen sowie das trügerische Sichverlassen der Gesamtheit auf die Hilfe außerhalb des Kreises.

Vor nicht langer Zeit wurde ein Wahlkomitee für den Kreis Tarnowitz gegründet, dessen Aufgabe es ist, alle Wahlen vorzubereiten, die Wahlagitator zu leiten und unsere nationalen Angelegenheiten und Interessen zu fördern. Diese Aufgabe habt ihr, geehrte Landsleute, auf unsere Schultern gelegt.

Die Hauptsache sind zweifellos die bevorstehenden Reichstagswahlen. Zu diesem Zweck bedürfen wir in erster Linie eurer Hilfe; denn allein sind wir einer so großen Aufgabe nicht gewachsen. Darum fordern wir euch, geehrte Landsleute, zur Agitation für die bevorstehenden Wahlen auf. Um erfolgreich agitieren zu können, müssen wir uns zunächst kennen lernen und verständigen. Da von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages, die in Kürze erfolgen wird, jede Agitation und alle Versammlungen keiner polizeilichen Kontrolle unterliegen, haben wir in dieser Beziehung die Sache erleichtert; deshalb müssen wir möglichst bald ans Werk gehen.

Vor allem brauchen wir Vertrauensmänner, bereitwillige, insbesondere aufgeklärtere Leute aus allen Ortschaften unseres Kreises. Darum wenden wir uns auch, geehrte Landsleute, mit der Bitte, euch freiwillig an uns Unterzeichnete möglichst bald zu melden und Name, Wohnsitz, Hausnummer schriftlich mitzuteilen. In dieser Angelegenheit appellieren wir warm an euch: eilt uns zur Hilfe zum Wohle unserer guten Sache. Beweiset, daß ihr euch der Wichtigkeit unserer erhabenen heiligen Sache bewußt seid. Hand in Hand, denn unsere Herzen sind ein und dieselben, polnisch. Zögere niemand, denn Hilfe tut unumgänglich not.

Geehrte Landsleute! Wie euch bekannt ist, kosten die Wahlangelegenheiten, die Agitation usw. viel Geld. Darum sind wir gezwungen, an euren guten Willen und eure Geldbeutel zu appellieren; wir bitten euch angelegentlichst, euer Geld zu diesen Zwecken beizutragen. Wir nehmen auch die geringsten Spenden an.

Wenn wir beweisen wollen, daß wir wahre Bürger und Polen sind, müssen wir unsere Pflicht erfüllen, ohne uns auf andere zu verlassen.

In der festen Überzeugung, daß ihr uns zum Wohle der Sache euer Vertrauen schenken werdet, sind wir eurer Hilfe gewiß und rufen aus: „Hoch die Herzen“ und „Glück auf!“

Das polnische Wahlkomitee für den Kreis Tarnowitz.

Josef Ogierman,	Theodor Baksit,
Vorsitzender,	Schriftführer,
Radzionkau.	Pilzendorf b. Mikulschütz.
Josef Müller,	
Kassierer,	
Radzionkau.	

Aus Nr. 230 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 16. November 1911:

Kreuzritterliche Reckheit und ohnmächtige Wut.

Vor einigen Tagen brachte der Kurjer Poznanski einen Artikel über die Kandidaturen in Oberschlesien. Seinen die einzelnen polnischen Kandidaturen in den oberschlesischen Wahlkreisen betreffenden Bemerkungen schickte der Kurjer Poznanski folgende allgemeine Ausführungen voraus:

Die Wahlbewegung in Oberschlesien entwickelt sich auf deutscher Seite in der Richtung, daß sich die Bande zwischen den Zentrumsleuten und den übrigen deutschen Parteien enger knüpfen. In seinem Konflikt mit der

sogenannten Berliner Richtung, die hauptsächlich von dem Grafen Oppersdorff vertreten wird und hinter der angeblich Kardinal Ropp steht, unterstrich und unterstreicht das schlesische Zentrum mit ganzer Kraft, daß es eine katholisch-konfessionelle Partei nicht sein wolle, und gleichzeitig bekennt es sich immer deutlicher zu den deutschnationalen Bestrebungen, und zwar ungeachtet dessen, daß sich das schlesische Zentrum immer noch überwiegend auf das unaufgeklärte polnische Volk stützt. Wir haben natürlich keinen Grund, mit einer solchen Wendung der Sache unzufrieden zu sein, ein Gegenteil kann die Aufstellung ausgesprochen deutscher Kandidaturen durch das Zentrum bzw. seine Mitwirkung mit dem Mischmasch die Sachlage nur vereinfachen und dem polnischen Volke vollends die Augen öffnen.

Bis jetzt gingen die Zentrumsleute von vornherein im Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg mit den Konservativen Hand in Hand, jetzt steht eine Verbrüderung im Wahlkreise Oppeln bevor, und sogar im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze werden hinter den Kulissen Unterhandlungen geführt. Angeblich soll der Zentrumskandidat im letzten Augenblick auf die Kandidatur verzichten, um durch diesen Schachzug dem deutschnationalen Kandidaten den Sieg zu erleichtern. Ob es dazu wirklich kommen wird oder ob sich die Unterhandlungen zerbrechen werden, ist noch schwer vorzusehen.

In jedem Falle ist im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze große Vorsicht geboten. Daher waren und sind die Anhänger unserer Richtung in Oberschlesien der Ansicht, daß in diesem Wahlkreise ein der polnischen Gesamtheit möglichst sympathischer Kandidat aufgestellt werden sollte, ein Kandidat, der in der eigenen Volksgesamtheit möglichst wenig politische und persönliche Feinde hätte. Eine Kandidatur aus der Arbeiterklasse wäre hier besonders am Platze, umsomehr als man einen intelligenten und besonnenen Kandidaten gewinnen könnte.

Das, was der Kurjer Poznański über das ober-schlesische Zentrum und seine Ränke mit den katolischen Parteien geschrieben hat, hat die Schles. Volksztg. völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. Dieses Breslauer Zentrumsorgan wirft der polnischen Presse vor, daß sie durch ihre „Aufwiegelung“ gegen die Zentrumsleute selbst die Entwicklung der Verhältnisse veranlaßt habe, wie sie sich im schlesischen Zentrum vollziehe, welches gegenwärtig zu den anderen deutschen Parteien hinneige. Und die Schles. Volksztg. sagt, diese selbe polnische Presse beklage sich über die Verhältnisse, die sie veranlaßt habe.

Zunächst beklagen wir uns nicht, sondern wir stellen nur die wirklichen Ereignisse fest und ziehen aus ihnen die politischen Schlüsse. Wurde doch in dem Artikel des Kurjer Poznański, auf den sich die Schlesische Volkszeitung beruft, ausdrücklich gesagt: „Wir haben natürlich keinen Grund, mit einer solchen Wendung der Sache unzufrieden zu sein, im Gegenteil kann die Aufstellung ausgesprochen deutscher Kandidaturen durch das Zentrum bzw. seine Mitwirkung mit dem Mischmasch die Sachlage nur vereinfachen und dem übrigen polnischen Volke die Augen öffnen“. Ist dies eine Klage? Und ähnlich stellt diese Frage die ganze nüchtern denkende polnische Presse. Ausnahmen haben wir herzlich wenig. Möge die Schlesische Volkszeitung also nichts Unwahres schreiben!

Und was das anbetrifft, daß die polnische Presse durch ihre „Aufwiegelung“ gegen die Zentrumsleute das schlesische Zentrum in die Arme der deutsch-chauvinistischen Parteien treibe, so wollen wir nur soviel sagen: Die polnische Presse würde sicherlich das Lob der Zentrumsleute verdienen, wenn sie auf die Germanisierung durch die Kirche ein Auge zudrücken, wenn sie den germanisatorischen Geistlichen mit Kardinal

Ropp an der Spitze schmeicheln, wenn sie das polnische Volk in die deutschen Vereine, die „krygerferajny“ nicht ausgeschlossen, drängen würde, wenn sie die Zentrums-kandidaturen in den polnischen Wahlkreisen nicht bekämpfen, ihnen vielmehr Hilfe leisten würde usw. Dann wären wir „brav“, „gut“, „rechtschaffen“ — nicht wahr? Aber daraus wird nichts. Die polnische Presse hat die Pflicht, an dem Standpunkt der polnischen nationalen Absonderung festzuhalten und alle Germanisierungsgelüste zu brandmarken. Wenn dies den Herren Zentrumsleuten nicht gefällt, so mögen sie in die katolischen Lager und Parteien gehen, zu denen sie seit langem einen solchen Gang verspüren! Mögen sie hingehen — und sich das Genick brechen!

Die Schlesische Volkszeitung ärgert sich sehr über die polnische Presse, weil sie dem Volke berichtet, wie das Zentrum seinen katholischen Charakter verleugnet. O, wir verstehen diesen Ärger! Wir schreiben s. Zt., die ober-schlesischen Zentrumsleute würden wünschen, daß das, was sie ihren deutschen „Gebildeten“ sagen, nicht zur Kenntnis des polnischen „einfachen Volkes“ käme. Das polnische „Stimmvieh“ möge weiter glauben, daß das Zentrum eine rein katholische Partei sei. Um sich an der polnischen Presse zu rächen, fragt die Schlesische Volkszeitung scheinbar einfältig, wo und wann denn die „polnische Partei als Verteidigerin des Katholizismus aufgetreten“ sei. Diese Frage ist, man weiß nicht, ob mehr dumm, oder mehr keck. Zunächst ist die polnische Volksgesamtheit nicht eine „Partei“, sondern eine Nation. Auf diesem Standpunkt steht, — mit Ausnahme des Katolik-Lagers — die ganze polnische Volksgesamtheit. In der polnischen Nation bestehen verschiedene Parteien, sie alle aber verteidigten und verteidigen stets im preußischen Teilgebiet die Interessen der katholischen Kirche. Das gleiche muß man von der polnischen Fraktion, der Vertreterin der ganzen Volksgesamtheit sagen, in der so viele brave Priester aus Oberschlesien, aus Großpolen und Westpreußen sitzen. Diese Wahrheit in Zweifel ziehen, ist nur ein kindischer und ohnmächtiger Racheakt der Schlesischen Volkszeitung.

Noch eins. Der Kurjer Poznański schreibt in seinem Artikel ausdrücklich von der Zentrumsintrigue im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze, daß der Zentrums-kandidat im letzten Augenblick auf seine Kandidatur verzichten solle, um durch diesen Schachzug dem deutschen Chauvinisten den Sieg zu erleichtern. Diese Mitteilung stellte die Schles. Volksztg. mit keinem Wort in Abrede. Wir machen darauf unsere oberste Wahlinstanz aufmerksam.

Aus Nr. 268 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 21. November 1911:

Volksbüchereien.

In den letzten Tagen tagte in Posen die 3. Hauptversammlung des Vereins der polnischen Volksbüchereien im preußischen Teilgebiet. Es waren Delegierte aus allen Landesteilen, also aus dem Posenischen, aus Westpreußen und auch aus den schlesischen Landen zusammengekommen. Die Verhandlungen waren sehr ernst und zeigten klar und deutlich, daß wir auf diesem Gebiete unserer Aufklärungsarbeit große Fortschritte gemacht haben. Schon die sehr zahlreiche Beteiligung von Delegierten war ein Beweis dafür, und dann zeigten die Berichte und die weiteren Beschlüsse und Entschlüsse, daß wir auf einem gut gewählten Wege dahinschreiten, obgleich wir noch sehr viele Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden haben.

Uns können und müssen die Urteile und Beschlüsse in Sachen unseres Landesteils, d. h. Oberschlesiens,

am meisten angehen. Und so wurde in einem Bericht betont, daß das Posenische hinsichtlich der Entwicklung der Volksbüchereien große Fortschritte aufweise, daß auch Westpreußen den Spuren Posens folge, Schlesien dagegen noch sehr zurückgeblieben sei. Von einer Organisation sei bei uns noch keine Rede, organisiert sei nämlich nur der Kreis Kattowitz, in den anderen Kreisen aber warte unser noch die Arbeit in dieser Beziehung. Die Zahl unserer Volksbüchereien sei sehr klein, öffentliche Versammlungen seien fast gar nicht einberufen worden, an Beiträgen zu Zwecken der Volksbüchereien sei ebenfalls sehr wenig eingegangen.

So bleiben wir also in jeder Beziehung hinter den anderen Landesteilen zurück, und wenn wir ihnen gleichkommen wollen, müssen wir alle Kräfte aufbieten und arbeiten. So wird es auch am Plage sein, wenn wir hier die Entschließung anführen, die in der Hauptversammlung angenommen wurde. Sie lautet:

„Die Hauptversammlung appelliert an die ober-schlesische Intelligenz, sie möge die systematische Arbeit nach unserem Reglement für den Verein der Volksbüchereien in Angriff nehmen, und sie faßt den Beschluß, auf die ober-schlesische Presse einzuwirken, daß sie sich mit der Sache des Vereins für Volksbüchereien mehr befassen wolle, wie bisher.“

Wie aus der Entschließung erhellt, wird hauptsächlich an die Intelligenz und die polnische Presse in Schlesien appelliert, und wir wollen hoffen, daß diese wie jene die Arbeit im Sinne dieser Entschließung von neuem in Angriff nehmen werden. Aber man muß fragen, ob nur diese beiden Faktoren die Ursache der wenig günstigen Entwicklung dieser für unsere Volksgesamtheit so segensreichen Organisation sind? Die Antwort hierauf muß notgedrungen verneinend lauten. Die Redner aus Oberschlesien brachten noch andere Gründe vor, weshalb die Organisation der Volksbüchereien in Schlesien hinkt. Zunächst leben wir hier in sehr schwierigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. In politischen insofern, als wir seitens der Polizei die verschiedensten Hindernisse hatten; Wirte und Arbeiter, die unentgeltlich Volksbüchereien verwalten, wurden schikaniert; ferner ist ein großes Hindernis auch die Abhängigkeit der Arbeiter, die schon sogar deshalb, weil sie Volksbüchereien in ihren Wohnungen unterbrachten, in manchen Fällen ihre Arbeit verloren, und schließlich gab es auch solche Klagen, daß sehr viele Zentrumsgeistliche einen feindlichen Standpunkt gegenüber den polnischen Volksbüchereien einnehmen. Doch das wäre noch nicht alles; die Hauptursache ist nämlich die große Gleichgültigkeit der schlesischen Landsleute gegen die ganze Sache. Gleichgültig herrscht hinsichtlich des Interesses, Gleichgültigkeit hinsichtlich des Lesens polnischer Bücher und schließlich Gleichgültigkeit hinsichtlich der Darbringung von Opfern für diese Zwecke. Alle diese Dinge aber bereiten wieder nicht eine so große Schwierigkeit, wenn nur ein Funken guten Willens da wäre. Daß sich unsere Volksgesamtheit in Schlesien dieser Angelegenheit annehmen muß, wird wohl jeder gesund in die Zukunft Blickende verstehen. Schon der allen bekannte Satz, daß „Aufklärung des Volks Wunder wirkt“, muß ein Ansporn zur Betätigung in dieser Beziehung sein. Das Volk selbst, welches in dieser Angelegenheit hauptsächlich interessiert ist, muß vorwärts drängen, muß nach dem polnischen Buch Verlangen haben, aus dem es sich selbst erkennen, sein Land und seine Geschichte, unsere großen und berühmten Männer kennen lernen kann, damit es, nachdem es dieses gelernt, das, was unser ist, auch lieben könnte. Es ist nämlich kein Wunder, wenn es noch viele für unsere Sache Gleichgültige gibt, denn wie kann ein Kind die Mutter lieben, ohne sie zu kennen, wie kann

jemand Liebe zu seinem Lande und seinen Landsleuten empfinden, ohne zu wissen, wieviele und wie edle Landsleute dieses Land hervorgebracht hat; wie kann jemand die Vergangenheit schätzen, wenn ihm andere die Vergangenheit in den schwärzesten Farben gemalt haben. Das polnische Buch ist es, das uns die für den Geist notwendige Nahrung darreichen soll, das uns in den schweren Kämpfen, die wir tagtäglich auszufechten haben, Kraft und Zuversicht verleihen soll, das uns das Ziel deutlich zeigen soll, welches wir erstreben müssen. Demnach ist es unsere heilige Pflicht, selbst die Gelegenheit zum Lesen eines polnischen Buches zu benutzen, andere zu belehren und dazu zu ermuntern.

Was die Opferwilligkeit der polnischen Bevölkerung in Schlesien betrifft, so stellt sich die Sache ebenfalls nicht so schlimm dar, wie sie im allgemeinen aussieht. Wir bringen sehr viele Opfer dar, aber manche Opfer verfehlen ihren Zweck. Das schlesische Volk gibt gern und viel, aber manchmal für Dinge, die ihm zum Schaden gereichen. So sahen wir z. B. in Zabrze und in anderen Ortschaften während der Blumentage Arbeiter, die mehrere Blumen kauften und Gaben spendeten, Gaben zu karitatistischen Zwecken, obgleich sie in ihrer Unaufgeklärtheit glaubten, daß sie für wohltätige Zwecke spenden.

Das polnische Volk in Schlesien hat große Gotteshäuser und Klöster zum Ruhme Gottes errichtet, aus denen es jedoch langsam verdrängt wird und in denen deutsche Andachten eingeführt werden, wobei man über seine Gefühle der Aufopferung lacht.

Ziel doch erst in den letzten Tagen ein solches „blat“, wie die Kattowitzer Zeitung, in schamloser Weise über die polnische Opferwilligkeit scher. Als nämlich unsere Blätter in Sachen der Entlassung der Gleiwitzer Gymnasialschüler schrieben, daß für das Konvikt reichlich polnisches Geld geflossen sei, so lacht und spottet die Kattowitzer Zeitung, wieviel die Polen zu diesem Konvikt auch beigetragen haben mögen. Hat die Kattowitzer Zeitung auch nur einen Groschen dazu gestiftet? Nein! Unser Volk hat gegeben und gibt immer noch, nicht nur hier am Orte, sondern es sendet sein schwer verdientes Geld in andere Provinzen zu Kirchenbauten in Brandenburg, in Sachsen, ja sogar nach Afrika geht das Geld des polnischen Arbeiters aus Schlesien. Und ein solches „blat“ wagt es, in frecher Weise dieser aufrichtigen und freigebigen Opferwilligkeit zu spotten. In einer Beziehung sündigt das Volk, das ist richtig, und zwar dadurch, daß es, wie schon bemerkt wurde, Opfer bringt zu Zwecken die ihm sehr oft zum Nachteil gereichen. Zu wenig aber sorgen wir für uns selbst, zu wenig Opfer bringen wir für unsere polnischen Zwecke, für nationale, für Aufklärungszwecke. In unseren Landen wird es nicht eher besser sein, bis sich unser Volk soweit aufklärt, daß es wissen wird, was es ist und auf welchem Wege es weiter schreiten soll. Gehen wir also ans Werk, entfalten wir eine Agitation, und wir werden vielleicht bei gutem Willen und mit Gottes Hilfe in kurzer Zeit den anderen Landesteilen gleichkommen, die in dieser Angelegenheit schon so große Fortschritte aufweisen.

Eine wie große Bedeutung die Volksbüchereien für das Volk haben, dafür diene als Beweis folgendes Beispiel: Schreiber dieser Zeilen, ein Kind des Volks, das in der Schule keinen polnischen Sprachunterricht genossen hat, verdankt das, was er kann, einer Volksbücherei. Als Knabe hatte er Gelegenheit, diese segensreiche Einrichtung zu benutzen, und langsam, allmählich brachte er es so weit, daß er einen polnischen Brief schreiben, einen kleinen Artikel, wie den vorliegenden, verfassen kann und sogar in unserem sozialen Leben, sei es als Vorsitzender verschiedener Vereine, sei es

eines Instituts, eine nicht untergeordnete Rolle spielt. Man sieht also, welche Kraft, welche Macht im Lesen liegt, man sieht, daß man bei gutem Willen und bei aufrichtigem Eifer vieles erreichen kann. In Schlesien haben wir keine Schulen, die uns das geben würden, was manchem nützt, und so können wir uns nur selbst etwas aneignen. Benutzen wir also die Volksbüchereien, veranstalten wir Versammlungen für diese Sache, machen wir eine möglichst große Propaganda und bemühen wir uns eifrigst, daß diese so segensreiche Sache sich möglichst weit verbreitet. Überall sind Volksbüchereien nötig, am meisten macht sich aber dieser Mangel unter uns, gerade hier in Schlesien fühlbar. Denken wir immer und überall daran, daß die Aufklärung des Volks Wunder wirkt.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 265 des Lech (Gnesen)
vom 18. November 1911:

Ein neuer Sofolverein

ist in Lünen a. d. Lippe gegründet worden. Diejem neuen Verein sind sofort 28 Mitglieder beigetreten.

Aus Nr. 21 des Robotnik Polski na Obczyźnie (Berlin)
vom 1. November 1911:

Der Jahresbericht über die Tätigkeit des St. Peter- und Paul-Vereins.

Schiffbeck.

Am 15. Oktober d. Js. fand die Jahres-Generalversammlung in Anwesenheit von 51 Mitgliedern statt. Aus dem Bericht des vorigen Vorstandes geht hervor, daß im Laufe des Jahres 17 Versammlungen und zwar darunter eine Generalversammlung und zwei außerordentliche Versammlungen stattfanden, ferner fand eine National- und eine traditionelle Weihnachtsfeier statt, bei welcher Kinder von Mitgliedern einbescheert wurden, wozu 55,97 Mark ausgegeben worden sind. Auf das Gedeihen des Vereins fand unter Mitführung der Fahnen eine heilige Messe statt.

Der Verein besteht gegenwärtig 18 Jahre, er zählt im vergangenen Jahre 79 Mitglieder. Im Laufe des Jahres betrug die Einnahme 982,30 Mark, die Ausgabe 679,20 Mark. Es verbleiben für das nächste Jahr 303,10 Mark. Außerdem besitzt der Verein eine Sterbekasse, in welcher sich 799,35 Mark befinden und außerdem noch 15,23 Mark für Unterstützung armer Waisen. Außer den gewöhnlichen Gerätschaften und Vereinsfachen besitzt der Verein zwei Fahnen und zehn Liederbücher zur Benutzung beim Gottesdienst mit Gesang.

Nach Annahme der Berichte schritt man zur Wahl des neuen Vorstandes. Es wurden folgende Herren gewählt: M. Matuszak zum Vorsitzenden, Lawniczak als Stellvertreter, Oszczak zum Schriftführer, Murawski als Stellvertreter, Zworski zum Kassierer, Dutkowiak als Stellvertreter, Stagracyński zum Bibliothekar, Srodka als Stellvertreter, Elzkowski und Wyrzyński zu Beisitzern, Soldalski und Lipinski zu Kassenrevisoren, Matuszak und Murawski als Delegierte zum Verbands. Die Vereinsversammlungen finden alle drei Wochen statt. Es wird gebeten, sämtliche Briefe und Korrespondenzen in Vereinsangelegenheiten an die Adresse M. Matuszak, Schiffbeck bei Hamburg, Hamburger Straße 55, zu senden.

Josef Szymendera,
früherer Schriftführer.

Aus Nr. 137 des Glos Wychodzey (Herne)
vom 16. November 1911:

Wie wird es bei uns mit den Reichstagswahlen sein?

Es wird so sein, wie es bisher gewesen ist. Wir werden für den Polen stimmen. — Sehr wacker! Aber wer wird für ihn stimmen? — Merkwürdige Frage! Sicherlich nicht die Deutschen, sondern wir Polen. — Welche Polen? Nun, wir, alle Polen in der Fremde!

Alle? Wirklich? Wir sind der Ansicht, daß, wenn die Sache der Wahlen wie bisher weitergehen wird, uns in Rheinland und Westfalen selbst eine ganze Anzahl polnischer Stimmen fehlen wird. Du wirst sagen, Bruder, daß dies eine Beleidigung des Emigrantentums ist. Aber gestatte! Denkst du daran, daß im September im Bezirk Düsseldorf eine Ergänzungswahl zum Reichstag stattfand. Wenn dort alle Landsleute ihren Zettel für Herrn Chociszewski abgegeben hätten, dann wären über 1500 solcher Zettel vorhanden gewesen, während in der Tat nur 329 gezählt wurden. Nur der vierte Teil der Landsleute stimmten für den Polen, während der Rest nicht Wort hielt.

„Das sind doch schon keine Polen mehr“, wirst du sagen. Und doch muß man sie zu den Polen zählen, denn unter denen, die ihr Wort nicht gehalten hatten, befanden sich 150 Leute, die polnisch-nationalen Vereinen angehörten. Das ist schmerzlich, das ist schändlich. Aber zum Unglück fehlt es auch in andern Bezirken nicht an solchen Landsleuten, die bei den Wahlen mit den Zentrumsleuten oder den Sozialdemokraten zusammengehen. Wie viele solcher gibt es in deinem Bezirk, mein Bruder? Ich weiß es nicht und du weißt es nicht, niemand weiß es, denn kein Mensch führt eine Liste der im Bezirk wohnenden Landsleute und weiß nicht genau, wie viele es sind. Aber daß ist sicher, daß, wenn es ein derartiges Verzeichnis geben würde, sich herausstellen müßte, daß auch in deinem Bezirke mehr Landsleute als du annimmst nicht für den Polen gestimmt haben. Und so ist es überall; so lange die Wahlagitation bei uns keine andere sein wird, wie bisher, wird auch nur ein Teil der Landsleute für den polnischen Kandidaten stimmen, stellenweise sogar nur der kleine Teil.

Und doch stellen wir einen polnischen Kandidaten in der Fremde deshalb auf, damit alle dokumentieren, daß sie der polnisch-katholischen Volksgemeinschaft angehören. Diese Wahlen sollen doch uns alle, die wir dem polnischen Stamme entsprossen sind, bei der Abgabe der Stimmzettel für einen polnischen Kandidaten vereinigen; sie sollen in uns das Gefühl der nationalen Solidarität auffrischen und kräftigen, in uns allen, die wir durch Abstammung einer Nation angehören. Stellen wir nicht gerade deshalb auch hier einen polnischen Kandidaten auf?

Und wenn ein bedeutender Teil der Wähler nicht für ihn stimmt, dann erfüllt die polnische Kandidatur nicht gehörig ihren Zweck. Sie bringt im Gegenteil der nationalen Sache in der Fremde Schaden, denn sie teilt die Emigranten geradezu in zwei feindliche Lager. Die einen sammelt sie im nationalen Lager und die andern treibt sie auf die Seite der Gegner unserer Nationalität, der Zentrumsleute oder Sozialisten. Es ist ja wahr, daß unter unsern Emigranten nicht Einmütigkeit herrschen würde, auch wenn wir einen besonderen polnischen Kandidaten nicht aufstellen würden, denn die einen würden mit den Sozialisten zusammengehen, die andern mit den Zentrumsleuten und die dritten würden überhaupt nicht wählen. Das ist wahr,

aber es würde wenigstens kein offenkundiger und absichtlicher Verrat der nationalen Sache sein. Aber wenn eine polnische Kandidatur aufgestellt ist und die Landsleute im Namen der nationalen Pflicht aufgefordert werden, für diesen Kandidaten zu stimmen, dann begehen die Ungehorsamen offenen Aufruhr, dann verraten sie bewußt die nationale Sache. Und das ist der größte Schaden, denn es wird schwerer sein, sie auf den Weg der nationalen Pflicht zurückzubringen, wenn sie bereits über diese Pflicht gespottet haben. Und doch muß man sich bemühen, auch diese und überhaupt alle, die den nationalen Wahlloosungen gegenüber taub gewesen waren, für diese zu gewinnen.

Wir stellen einen polnischen Kandidaten für alle Landsleute auf, für die aufgeklärten und nichtaufgeklärten, für die eifrigen und die trägen Landsleute, für diejenigen, die polnische Zeitungen lesen, für jene, die solche nicht lesen, für die Mitglieder der polnischen Vereine und für die Polen, die deutschen Vereinen angehören, für jene, die in polnische Wahlversammlungen kommen, und für jene, die man dort nicht erblickt. Mit einem Worte gesagt, für alle, das liegt doch klar auf der Hand.

Und wenn alle ihre Stimme für ihn abgeben sollen, dann muß man sich auch darum bemühen. Die Eifrigen müssen die Trägen hierzu ermuntern. Sie müssen sie in die Versammlungen mitbringen, denn diese sind für die Gleichgültigen notwendiger als für die wackern Landsleute, sie sind nötig für jene, die bereits mit einem Fuß im Lager der Zentrumsleute oder Sozialisten stehen. Sie müssen darauf achten, ob die anderen in die Wählerlisten aufgenommen sind, sie müssen ihnen Stimmzetteln geben, sie müssen sie zu den Wahlen heranziehen. Ich gebe zu, daß dies keine leichte Sache ist, aber jeder wird zugestehen, daß sie notwendig ist, und bei gutem Willen kann man alles durchführen. Lernen wir von den Sozialisten, wie man agitieren muß. Wenn ihnen nicht Zeit und Mühe leid tut, möglichst viel Stimmen für ihren Kandidaten zu gewinnen, dann sollten wir uns nicht zu einer lebhafteren Agitation unter den Landsleuten zu Gunsten unserer polnischen Kandidaten aufraffen können?

Aus Nr. 267 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 18. November 1911:

Aufruf an die polnischen Wähler in Westfalen, Rheinland und in allen Wahlkreisen am linken Ufer der Elbe.

Landsleute!

Im Januar des nächsten Jahres finden im ganzen Deutschen Reiche die Wahlen zum Reichstag statt. Das polnische Zentral-Wahlkomitee für das Deutsche Reich mit dem Sitz in Posen hat auf Grund seiner Statuten daran erinnert, daß

Kompromisse bei der Hauptabstimmung ausgeschlossen sind, und daß alle Polen im ganzen Deutschen Reich verpflichtet sind, bei der Hauptabstimmung für die polnischen Kandidaten zu stimmen.

In dem neuerdings erlassenen Wahlausruf erinnert das polnische Zentral-Wahlkomitee auch das ganze Emigrantentum an die Pflicht, für die polnischen Kandidaten zu stimmen.

Infolgedessen hat das polnische Haupt-Wahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die benachbarten deutschen Provinzen am linken Ufer der Elbe mit dem Sitz in Bochum in seiner am 12. November d. J. abgehaltenen Sitzung einstimmig beschlossen, daß

unser Kandidat auch diesmal der verdienteste polnische Volkschriftsteller, der unermüdlische Förderer der nationalen Aufklärung

Josef Chociszewski aus Gnejen sein soll.

Landsleute! Es gibt unter uns nicht einen einzigen, der aus den Büchern Josef Chociszewskis nicht nationale Aufklärung geschöpft hätte. Uns allen leuchtet die Fackel der Aufklärung voran, die Josef Chociszewski seit einigen Jahrzehnten durch seine emsige, opferwillige und selbstlose Arbeit nährt.

Während er dem polnischen Volke unschätzbare Schätze wahren Wissens reichte, während er ihm den Weg zum Wohlstand und Glück wies, blieb er selbst arm.

Und da wir nicht imstande sind, unserem größten Wohltäter ein ruhiges Alter sichern zu können, deshalb hatte das im Jahre 1893 in einer Wählerversammlung in Bochum versammelte polnische Volk aus der ganzen Fremde einstimmig beschlossen, bei den Reichstagswahlen für Josef Chociszewski zu stimmen, um dadurch zu dokumentieren, daß es

höher als adlige Abstammung, prunkende Titel und Reichtum, die selbstlose Arbeit für die Aufklärung schätzt.

Seit dieser Zeit stimmten die Polen in der Fremde bei allen Reichstagswahlen für Josef Chociszewski, und bei jedem Mal wuchs die Zahl der polnischen Stimmen.

Landsleute! Unsere Pflicht ist es, alle Kräfte anzuspannen, damit im Jahre 1912 alle Polen in Deutschland am linken Ufer der Elbe zu den Wahlen gehen und für unseren Kandidaten stimmen. Zu diesem Zweck muß in jedem Ort, wo Polen wohnen, unverzüglich ein polnischer Wahlverein gegründet werden.

Mit Rat und Tat dient hierbei das unterzeichnete Hauptkomitee, und auch die Redaktionen der polnischen Zeitungen werden ihre Hilfe nicht versagen. Alle zur Gründung von Wahlvereinen erforderlichen Druckfachen werden wir unentgeltlich senden. Wo ein Wahlverein nicht gegründet werden kann, werden wir einen Delegierten und Vertrauensmänner entsenden. Wer von den Landsleuten bereit ist, das Amt eines Delegierten oder eines Vertrauensmannes zu übernehmen, der möge sich möglichst schnell bei uns melden. Wir erwähnen, daß die Namen der Delegierten und Vertrauensmänner der Polizei nicht namhaft gemacht werden. Die Wahlvereine dagegen, die auch nach Beendigung der Reichstagswahlen ihre Tätigkeit fortzusetzen beabsichtigen, reichen innerhalb zwei Wochen der Polizei die Statuten und die Namen der Vorstandsmitglieder ein.

Die Vorstände der bestehenden Wahlvereine, die unsere Statuten angenommen und uns ihre Adressen angegeben haben, bevollmächtigen und fordern wir auf, daß sie in der Eigenschaft von Lokalwahlkomitees für die einzelnen Straßen Vertrauensmänner ernennen und ein Verzeichnis der wahlberechtigten Polen anfertigen.

Diese Verzeichnisse muß man seinerzeit mit den amtlichen Wahllisten vergleichen und gegebenen Falls die Vervollständigung derselben fordern. Ebenso bitten wir, sich rechtzeitig ein Lokal zur Abhaltung wenigstens einer Versammlung zu sichern und uns den Ort, den Tag und die Stunde bekannt zu geben, damit wir rechtzeitig einen Redner bestimmen können. Es versteht sich, daß die Versammlungen erst nach amtlicher Verkündigung der Wahlen stattfinden können, wahrscheinlich also in den ersten Tagen des Monats Dezember.

Zu den Wahlen gehört viel Geld.

Die Wahlvereine müssen deshalb eifrig bemüht sein, neue Mitglieder zu gewinnen und die rückständigen Beiträge einzuziehen. Den durch die Statuten vorgeschriebenen Teil der Mitgliederbeiträge, sowie alle

freiwilligen Spenden müssen unverzüglich an unsern Schatzmeister, Herrn Peter Sztul in Grünigfeld abgesandt werden.

Gleichzeitig wenden wir uns an alle Landsleute mit der Bitte, unsern Wahlfonds durch freiwillige Gaben zu stärken. Diese sind an unsern Schatzmeister zu senden, oder den Kassierern der Wahlvereine bzw. der Kreiskomitees zu übergeben.

Gleichzeitig fordern wir alle Landsleute und alle Landsmännchen in der Fremde auf, eine nationale Steuer zu zahlen, indem sie von den Kassierern der Wahlvereine, von den Vertrauensleuten, oder schließlich von den polnischen Kaufleuten die vom Hauptkomitee herausgegebenen prachtvollen Briefmarken erwerben, die das Posener Rathaus mit dem polnischen Adler darstellen. Diese Marken zum Preise von 10 Pf. pro Stück sendet an jedermann zum Verkauf Peter Skolarski in Essen, Unionstraße 9 III, jedoch nur per Postnachnahme.

Die Lokal- und Kreiskomitees haben durch Gründung von Wahlvereinen, wo es solche noch nicht gibt, zur Festigung der Organisation beizutragen, ferner haben sie in den hauptsächlichsten Orten Wahlversammlungen für den ganzen Kreis oder einen Teil desselben vorzubereiten.

In den Kreisen, in welchen es noch kein Kreiskomitee gibt, möge der Vorsitzende des ältesten Wahlvereins sich mit seiner Organisation befassen, indem er die Vorstände der Wahlvereine aus dem ganzen Kreise zu einer Versammlung einladet.

Wir fordern die geehrten Wahlvereine, Kreiskomitees und alle Landsleute auf, unverzüglich mit den Vorbereitungen zu den Wahlen zu beginnen, weil aus verschiedenen Gründen diesmal unser ein weit schwererer Kampf wartet, als in den früheren Jahren.

Nur dann werden wir aus diesem Kampf mit Nutzen für die nationale Sache und mit Ruhm für das polnische Volk in der Fremde hervorgehen, wenn wir unsere ganze Energie anspannen werden, um alle Landsleute zur Wahlurne zu rufen und sie zu bewegen, ihren Stimmzettel mit dem Namen unseres Kandidaten abzugeben, der da ist:

Josif Chreijewski aus Gnesen.

Also aus Werk, Landsleute! Möge sich niemand dem bürgerlichen Dienst entziehen.

Heil dem Vaterlande!

Bochum, im November 1911.

Das polnische Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die benachbarten Provinzen und Deutschen Staaten am linken Ufer der Elbe.

Johann Wilkowski, Vorsitzender, Castrop, Bladenhorsterstraße 78.

Stanislaus Kunze, Schriftführer, Bochum, Blücherstraße 58.

Peter Sztul, Schatzmeister, Grünigfeld, Alleestraße 1.

Johann Kolenda, Vertreter des Vorsitzenden, Dortmund.

P. Skolarski, Vertreter des Schriftführers, Essen, Unionstraße 9.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 263 der Silesia (Teschen)
vom 17. November 1911:

Der Radikalismus im Schafspelz.

Größer als die Gefahr des Sozialismus, die auch nicht zu unterschätzen ist, ist die Gefahr des nationalen

Radikalismus in Österreich. Der nationale Chauvinismus existiert gegenwärtig fast nur bei den Slawen, hauptsächlich natürlich bei den Tschechen und Polen. Bei diesen treibt er denn heute schon Blüten, die nichts weniger als schön sind, und die giftige Frucht, die aus ihnen heranreift, wird, ahnen lassen. Sobald nun der Radikalismus in krasser Form in die Erscheinung tritt, erscheint er deshalb weniger gefährlich, weil gegen diese Auswüchse des Nationalismus noch rechtzeitig mit aller Schärfe eingeschritten werden kann. Gefährlicher sind die Chauvinisten, die wie Pharisäer im heuchlerischen Gewande der Milde umhergehen, deren Lippen voll süßen Honigs sind, die aber im stillen eine Entsetzen erregende Agitation und Ausplünderung nationalen Hasses betreiben. Fortgesetzt steigern sie die nationalen Ansprüche ihres Volkes, niemals geben sie Ruhe, stets klagen sie über die unverantwortliche Unterdrückung ihrer Nation. Das geht nun schon Jahrzehnte, über ein halbes Jahrhundert in der gleichen Weise fort und es ist in den allerletzten Jahren nur noch der erschwerende Umstand hinzutreten, daß die Aufhebung in die weichesten Kreise getragen wird und die Jugend sogar schon das Gift des Hasses eingeimpft bekommt. Wir haben in Schlesien, dem Lande, wo die nationalen Gegensätze bisher am wenigstens scharf hervorstritten, schon die ungeheuerlichsten Erscheinungen gehabt. In einer polnischen Landchule wurden die Schüler vom Lehrer streng angewiesen, keinen Deutschen zu grüßen, in einer anderen Schule wurden die Schüler dazu verleitet, an Kaisers Geburtsstag nicht die Volkshymne, sondern ein polnisch-nationales Lied zu singen usw. In Troppau suchen die Tschechen die Deutschen wirtschaftlich zu schädigen; auf dem Troppauer Wochenmarkt besteht eine tschechische Aufsichtszugorganisation, der Beamte und Lehrer angehören, die die tschechischen Landleute dazu verleiten, höhere Preise zu verlangen. So kommt es, daß auf dem Troppauer Markt ein Ei mit 14 Hellern bezahlt werden muß, in der tschechischen Konsumorganisation in Troppau, die die Eier auch von den Landleuten bezieht, der Preis sich auf nur 6 Heller stellt. Aus tschechischen Orten Westschlesiens hört man ferner genügend Vorfälle, die das Treiben der Chauvinisten kennzeichnen, und ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel tschechischer Unversöhnlichkeit in Ostschlesien haben wir erst vorgestern besprochen.

Diese rücksichtslose, alle Bedenken bei Seite schließende Agitation der slawischen Chauvinisten gibt zu den ernstesten Befürchtungen Anlaß, die wir immer wiederholen müssen. Die Scheidewand zwischen den Völkern wird mit den Jahren so stark, daß sie nicht mehr zu bannen sein wird, und haben sich die Völker Österreichs erst ganz entfremdet, dann resultiert der Zerfall des Reiches von selbst. Der Weg der Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Slawen, auf dem man ein halbes Jahrhundert wandelte, erweist sich als in Zukunft ungangbar. Je mehr Zugeständnisse den Slawen von seiten der Deutschen gemacht wurden, je mehr sie in ihrer nationalen Politik Erfolge aufweisen konnten, je stärker erwachte in ihnen der Trieb, neue Forderungen zu stellen, und heute, wo die Slawen schon mehr Rechte im Staate haben als die Deutschen — das kann niemand bezweifeln — hat nicht etwa ihre Kampfeslust nachgelassen, sondern sie steht auf dem Höhepunkt. Und dieser Höhepunkt hat die neueste Erscheinung im nationalen Kampfe gezeitigt, die mit Duldermine und sanften Worten sich einschmeichelnde Agitation, wir möchten sagen: den Radikalismus im Schafspelz.

Den Kampf gegen diese giftige Schlange zu führen, ist am schwersten. Süßlich und unter dem Deckmantel der höchsten Loyalität, Staatsliebe usw. wird versucht, die Regierung über die politischen Verhältnisse eines

Landes zu täuschen. Agitatoren, die an ihrem Wirkungs-ort schamlose Verhezung treiben und die Ruhe ganzer Städte und Gegenden stören, hüllen sich in Wien oder bei der Landesregierung in den Mantel der lieblichsten Unschuld, sie wissen zu deuteln und zu drehen, und verstehen es, sich selbst als duldbende Lämmer hinzustellen. Die polnisch-nationale Propaganda in Ostschlesien nimmt gegenwärtig diese Form an und wir richten an alle, die es angeht, die dringende Bitte, sich nicht täuschen zu lassen durch Scheinheiligkeit und Heuchelei. Der polnisch-nationale Chauvinismus findet unter der polnischen Bevölkerung Ostschlesiens absolut keinen Anfang. Beweis dessen ist die wunderbare Entwicklung der deutsch-freundlichen Slonzak-Partei, einer rein polnischen Partei, die aber ihre Ziele nicht verfolgt, indem sie das Volk verhezt. Die Erfolge dieser Partei haben die national-chauvinistischen Polen in Schlesien in Aufregung versetzt und mit allen Mitteln versuchen sie jetzt ihre Scharte wett zu machen. Nicht nur, daß sie Zwist und Uneinigkeit in das Lager der Slonzaki tragen — was in dieser Beziehung geleistet wird, ist erstaunlich — nein, sie beginnen im Lande mit einer Deutschenheze, die seinesgleichen nicht hat. Nebenbei melden sich die polnischen Chauvinisten an der Zentralstelle der Regierung in Wien und bei der Regierung in Troppan mit neuen Forderungen. Ein kleines Zeichen dieser auf allen Gebieten hervortretenden Tätigkeit ist die Forderung der nationalen Polen, daß für das polnische Gymnasium in Teschen eine neue Unterkunft bewilligt werde. Daß Schulanstalten in anständigen Gebäuden untergebracht werden, dagegen haben wir gar nichts, das ist sogar selbstverständlich und muß geschehen, sobald nur irgend Mittel dafür vorhanden sind. Aber bei dem polnischen Gymnasium in Teschen kommt doch noch eine Kardinalfrage in Betracht: Ist diese Anstalt denn überhaupt notwendig? Nein und wiederum nein. Sie ist ein reiner Luxus. Man erforsche doch nur, wieviel Schüler diese Anstalt hat, wieviele derselben aus Schlesien sind, wieviele ferner unter ihnen sind, deren Eltern in Teschen wohnen. Letzteres ist besonders wichtig. Für Teschen ist die Anstalt einfach ein Übel, weil gar kein Bedürfnis in dieser Stadt für sie vorliegt. Das Orlauer Realgymnasium mag verstaatlicht werden, dagegen haben wir nichts einzuwenden, wenn das Teschner polnische Gymnasium aufgelassen wird. Es liegt da keine eigentliche nationale Forderung der Deutschen vor, begründet ist die Forderung der Auflösung lediglich in der absoluten Unnötigkeit dieser Anstalt in Teschen. Weder ein Gymnasium, noch ein Realgymnasium, noch eine Realschule brauchen die Polen in Teschen, die Orlauer Anstalten genügen vollständig für Schlesien, und es ist für die Polen eigentlich eine nationale Tat, diese Anstalten in dem von den Tschechen gefährdeten Gebiete zu stärken. Das kann aber nie geschehen durch Auflösung des dahinvegetierenden Teschner Gymnasiums.

Nede man nicht auf polnischer Seite, daß wir Deutschen den Polen keine Mittelschulen gönnen. Wir haben ihnen deren mehr gegönnt, als wir Deutschen in Österreich besitzen. In ganz Österreich durchschnittlich gerechnet fällt eine polnische Staatsmittelschule auf 50000 Polen (40000 christliche Polen und 10000 polnische Juden), eine deutsche Staatsmittelschule aber erst auf 58000 Deutsche in ganz Österreich! Man sieht, daß also auf dem Gebiete des Staatsmittelschulwesens die Polen besser gestellt sind, als die Deutschen! Und wenn uns Deutschen die Polen mangelnde Gerechtigkeiteliebe vorwerfen sollten, so erlauben wir uns, auf die galizischen Schulgesetze hinzuweisen, zum Beispiel auf das galizische Landesgesetz vom 22. Juli 1867, das besagt, daß in Galizien alle aus Staatsmitteln ganz oder teilweise erhaltenen Mittelschulen in der Regel

nur die polnische Unterrichtssprache haben müssen. Nach diesem Geetze kann eine vom Staate erhaltene oder nur subventionierte Mittelschule nur dann deutsche oder ruthenische Unterrichtssprache haben, wenn es in jedem einzelnen Falle der Landtag durch einen Beschluß gestattet. Das heißt: polnische Staatsmittelschulen errichtet das Unterrichtsministerium selbst, d. h. ohne Einvernehmen mit dem galizischen Landtag, ruthenische aber nur im Einvernehmen mit dem galizischen Landtage. Im Jahre 1867 gab es in Galizien 20 Staatsmittelschulen, davon 1 polnische, 1 ruthenische und 18 deutsche, jetzt, im Jahre 1911, gibt es in Galizien 86 Staatsmittelschulen, davon 80 polnische, 5 ruthenische und 1 deutsche! Das darf man doch wohl polnischen Terrorismus auf nationalem Gebiete nennen und eine fast sündhafte Nachgiebigkeit der Deutschen. In Galizien haben wir das beste Beispiel, daß sich die Forderungen der Slawen bis ins Maßlose steigern, d. h. bis zu dem Ziele, wo die Deutschen und andere Völker geknechtet und machtlos sind. Was würde aus den Polen in Schlesien werden, wenn wir Deutschen dieselbe Raison anwenden würden, wie die Polen in Galizien den Ruthenen gegenüber. In Galizien müssen etwa 5000 Ruthenen an polnischen Mittelschulen studieren, und an manchen polnischen Gymnasien bilden die Ruthenen sogar die Majorität, z. B. am polnischen Staatsgymnasium zu Socal, wo es im vorigen Jahre 231 Schüler gab, darunter 125 Ruthenen, 90 Polen und 16 Juden. Weil 45 Proz. der galizischen Polen (und 11 Proz. Juden) 80 Gymnasien und Realschulen, und 42 Proz. der galizischen Ruthenen nur fünf Staatsgymnasien haben, errichteten sich die Ruthenen in den letzten zwei Jahren acht Privatgymnasien, von denen derzeit wegen Widerstandes des galizischen Landesgouverneurs nur zwei Öffentlichkeitsrecht besitzen, und zwar in Horodenka und in Rohatyn, welche letztere Schule fünf Klassen, 16 Abteilungen und 650 Schüler zählt! Das galizische Landesgesetz vom 12. Juni 1907 besagt, daß Lehrerbildungsanstalten, selbst wenn sie von privaten Leuten erhalten werden, nur polnische und ukrainische Unterrichtssprache haben dürfen. Infolge dieses Gesetzes können fünf rein ruthenische Lehrerbildungsanstalten kein Öffentlichkeitsrecht bekommen. Die Daten beruhen auf unwiderleglichen Tatsachen und bieten wohl ein Bild von furchtbarstem Terrorismus. Wenn die Deutschen in Schlesien so verfahren würden, was würden die Polen dazu sagen? Das Recht und die Macht dazu hätten wir, aber unsere Gerechtigkeitsliebe ist eben zu groß, unsere Liebe zu Österreich, zum gesamten Reiche, in dem alle Völker sich wohl fühlen sollen, ist zu stark, als daß wir mit slawischem Terrorismus arbeiten würden. Jedoch werden wir vielleicht noch lernen müssen, mit den Waffen unserer Gegner zu arbeiten.

Wir können nur noch einmal die Mahnung aussprechen: Man hüte sich in Österreich vor dem slawischen Chauvinismus, vor dem Radikalismus der nationalen Slawen, ganz besonders vor dem Radikalismus im Schafspelz.

Aus Nr. 135

des Deutschen Volksblatts für Galizien (Lemberg)
vom 17. November 1911:

Von der polnischen Schule.

Mariahilf.

An dem Gebäude der polnischen Schule in Mariahilf steht außen in großen goldenen Buchstaben und polnischer Schrift geschrieben: „Kaiserin Elisabeth

4-klassige Jubiläumsschule“, innen schaut die Schule aber ganz anders aus, da herrscht kein Fünkchen österreichischer, sondern nur allpolnischer Geist. In keinem Klassenraum ist ein Kaiserbild, auch kein Kreuzifix, dagegen sind die Wände mit Kosciuszko- und Mickiewiczbildern und mit der Tafel der polnischen Könige behangen. In diesem Geist wird auch die Jugend in dieser Schule erzogen; so hielten sich z. B. die Lehrer vom Gottesdienste, der am Namenstag unseres Kaisers am 4. Gilbhart l. J. stattfand, ferne, nur die Lehrerin dieser Schule war mit etwa 20 Kindern in der Kirche. Daß die Kinder, welche vorher diese polnische Schule besucht hatten, bei der Weihe der „Deutsch-katholischen Rosegger Schule“ nicht einmal das Kaiserlied mit anstimmen konnten, weil sie dieses Lied in der polnischen Schule nicht gelernt hatten, haben wir schon seinerzeit bekannt gegeben. Ein solcher allpolnischer Geist herrscht also in der polnischen Schule im reindeutschen Mariahilf und trotzdem — es ist fast unglaublich — gibt es in Mariahilf noch deutsche Eltern, die ihre Kinder in diese Polonisierungsanstalt schicken. Die polnische Schule wird von 70 Kindern, 10 ruthenischen und 60 (!) deutschen besucht. Wir werden demnächst die Namen dieser pflichtvergeßenen, volksverräterischen Eltern veröffentlichen.

Aus Nr. 135
des Deutschen Volksblatts für Galizien (Lemberg)
vom 17. November 1911:

Rosenheck.

Die öffentliche polnische Schule in Rosenheck wird heuer nur von 7 deutschen und 16 ruthenischen Kindern (aus dem nahen Dorfe Mlynec) besucht. Die meisten deutschen Kinder besuchen erfreulicher Weise die „Deutsch-katholische Rosegger Schule“ in Mariahilf. Bemerkenswert ist besonders auch der Umstand: Trotzdem die Schule von keinem einzigen polnischen Kinde besucht wird, ist die Unterrichtssprache polnisch. Die Ruthenen hören in der Schule, sowie in der polnischen Schule

in Mariahilf, kein Wort in ihrer Muttersprache; auch wachsen sie ohne Religionsunterricht auf. So schaut die polnische Gerechtigkeit aus.

Aus Nr. 135
des Deutschen Volksblatts für Galizien (Lemberg)
vom 17. November 1911:

Von der deutschen Schule.

Königsau.

In der rein deutschen Gemeinde Königsau, die zwischen den deutschen Gemeinden Briaidau, Josissberg und Ugartsberg liegt, besteht eine öffentliche Schule mit deutscher Unterrichtssprache. Königsau zählt 800 deutsche Einwohner und die Schule wird von 135 deutschen Kindern besucht. Aber wie schaut diese „deutsche“ Schule aus! Man findet darin nur polnische Aufschriften, alle Lehrmittel sind polnisch und die Lehrerin wetteifert mit dem polnischen Pfarrer in der allpolnischen und deutschfeindlichen Gesinnung; sie ist eine Polin aus Polen, wo ihr wegen ihrer allpolnischen Gesinnung der Boden zu heiß geworden war. Diese Lehrerin wirkt jetzt, unterstützt vom allpolnischen Pfarrer, an der „deutschen“ Schule in Königsau! Der Oberlehrer ist zwar ein Deutscher, aber er kann den deutschen Geist in der Schule nicht aufkommen lassen, da ihn seine Vorgesetzten sonst sofort packen würden; die Folgen der Entdeutschungsarbeit in der Schule sind bereits bemerkbar. Die Wegtaseln und die Schilder der Handwerker in Königsau tragen rein polnische Aufschriften. Der so scheinbringende und in echt christlicher Liebe arbeitende Bund der christlichen Deutschen, das Deutsche Volksblatt für Galizien und der Bundeskalender werden — als ob die Königsauer Polen wären — mit Mißtrauen betrachtet; die große Gemeinde hat keine deutsche Raiffeisenkasse und es regt sich kein deutsches Leben. Dieses wird eben in der Kirche durch den polnischen Pfarrer und den polnischen Geist in der Schule getrieben. Möchte es besser werden!

